

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülften, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigiert von D. Allmann, Hamburg, Hammerbrookstr. 82, I.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 \mathcal{L} , Geschäfts-Anzeigen 15 \mathcal{L} , doch ist bei Einsendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 \mathcal{L} . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Die preussische Gewerbeaufsicht 1896.

Wer die Zuverlässigkeit oder die Mängel von Arbeiterschutzgesetzen erproben will, der muß zur Beobachtung eine Periode des höchsten Wirtschaftsaufschwunges herauswählen, gerade wie man eine Maschine auf ihren Effekt prüft, indem man sie bis zur Maximalgrenze belastet. Daß der deutsche Arbeiterschutz eine solche Prüfung selbst in gewöhnlichen Jahren nicht bestehen würde, war für uns von vorher herein klar; nunmehr ist es aber auch von amtlicher Seite her bewiesen, daß unsere Arbeiterschutzgesetzgebung heinabe in jeder Hinsicht reformbedürftig ist und daß nicht bloß die Vorschriften selbst, sondern auch deren Durchführung zu wünschen übrig lassen, namentlich was die Strafpraxis der Behörden und Gerichte anbelangt. In dieser Beziehung haben die 1896er Berichte der preussischen Gewerbe-räthe wichtiges Beweismaterial zu Tage gefördert. Aber sie haben auch noch ein Anderes zur Evidenz erwiesen: die Unzulänglichkeit der Gewerbeinspektion selbst, deren Mängel wir seit Jahren kritisch beleuchtet haben, und die mindestens im gleichen Maße einschneidender Reformen bedarf, um auch nur den minimalsten Ansprüchen an ihre Leistungsfähigkeit zu genügen.

Schon die geradezu kläglichen Revisionsergebnisse weisen darauf hin. Eine einheitliche Zählung der revisionspflichtigen Betriebe giebt es in Preußen noch nicht und die Arbeiterzählung erstreckt sich nur auf die weiblichen und jugendlichen Arbeiter, weshalb sich die Revisionsergebnisse prozentual nicht für alle Bezirke feststellen lassen. Aber von 10 der 27 Bezirke liegen uns die Betriebszahlen und von 13 die gesammten Arbeiterzahlen vor, und in diesen schwankt das Revisionsverhältnis zwischen 15,7 pZt. (Dreslau) und 54 pZt. (Arnsberg) der Betriebe, und zwischen 47,2 pZt. (Berlin) und 85 pZt. (Arnsberg) der unterstellten Arbeiter. Es ist also im Durchschnitt noch nicht einmal die Hälfte der revisionspflichtigen Betriebe besucht worden und darnach müßte die Beamtenzahl (186) mindestens verdoppelt, oder die Gewerbeaufsicht vom Kesseldienst entbunden werden, um nur eine einigermaßen genügende Thätigkeit zu entfalten, denn noch immer verschlingen die Kesselrevisionen den größten Theil der Dienstzeit der Beamten. Revidirt wurden 38 636 Betriebe (davon 939 Revisionen Nachts und 2341 Sonntags), in denen 1 398 328 Arbeiter, nämlich 87 192 Jugendliche, 252 068 Arbeiterinnen und 1 059 068 erwachsene Arbeiter beschäftigt waren. Auf die Nahrungsmittelindustrie kamen 15 026 Revisionen in 12 533 Betrieben (davon 196 Nachts und 591 Sonntags), mit 7553 Jugendlichen, 32 056 Arbeiterinnen und 122 623 erwachsenen Arbeitern, zusammen 162 232 Arbeitern. Die am Anfang Dezember stattfindende Arbeiterzählung ergab in 17 124 (15 549 *) Betrieben 318 485 (302 628) erwachsene Arbeiterinnen und in 21 955 (20 747) Betrieben 121 266 (110 975) Jugendliche, sowie 988 (802) Kinder unter 14 Jahren, wonach die Betriebe um 10 bzw. 5,8 pZt., die Arbeiterinnen um 5,2 pZt., die Jugendlichen um 9,3 pZt. und die Kinder um 22,7 pZt. zugenommen haben. In der Nahrungsmittelgruppe wurden gezählt: 3835 (3668) Anlagen mit 47 802 (46 189) Arbeiterinnen und 3686 (3687) Anlagen mit 12 458 (11 897) Jugendlichen und 114 (130) Kindern. Hier haben also die Anlagen mit Arbeiterinnen um 172 = 4,7 pZt., die Arbeiterinnen um 1613 = 3,5 pZt. und die Jugendlichen um 561 = 4,7 pZt. zugenommen, während sich die Kinderziffer

um 16 = 12,3 pZt. verringerte. Die absolute Abnahme der Kinderzahl und der relative Rückgang der Jugendblüthen kommen auf Rechnung einer hausindustriellen Verschiebung der Zigarrenindustrie, die zur Gruppe der Nahrungs- und Genussmittel zählt.

Die preussische Statistik ist nichts weniger als zuverlässig, namentlich die Kinderziffern, was die Berichte auf die mangelnde Qualifikation der mit der Zählung betrauten Polizeibeamten wälzen. In der That haben die Polizeibehörden fast bei allen ihren gewerbebehördlichen Funktionen eine unglückliche Hand; ihre Kinderzahlen werden durch die Berichte ihrer Unrichtigkeit überführt, und die Unfallmeldungen besorgen sie höchst lüdenhaft. Mehrfach wird ihnen bezüglich der Bewilligung von Sonntagsruhe, Arbeiterinnenschutz und Jugendschutz-Ausnahmen eine ungenügende Prüfung der gesetzlichen Zulässigkeit zum Vorwurf gemacht und ihre Gesetzkennntnis und sozialpolitisches Verständnis sollen auch nicht weit her sein. Im Bezirk Trier gab ein Polizeiwachtmeister einem Unternehmer ganz falsche Anleitungen und zwei andere Unterbeamte tritten sich bei einer Revision über die Auslegung des Gesetzes, so daß der anwesende Fabrikant glauben mußte, das Gesetz ließe verschiedene Auffassungen zu und Jeder könnte sich das Beste herausuchen. Wenn aber manche Gewerbe-räthe hoffen, durch Uebertragung der Revisionen an höhere Beamte event. in kleinen Städten an die Bürgermeister selbst, bessere Ergebnisse zu erzielen, so ist auch dieser Schimmer trügerisch, weil die Aufgaben der Polizei auf einem der Gewerbeinspektion entgegengesetzten Gebiet liegen und mit diesen schlechterdings nicht zusammen zu reimen sind. Nur eine gründliche Reorganisation vermag Abhilfe zu schaffen unter Erfüllung der Arbeiterforderungen nach weiblichen Assistenten, Arbeiterbeigeordneten und Ärzten. Aber in der Anstellung von weiblichen Assistenten ist Preußen bereits hinter Hessen und Sachsen-Weimar zurückgeblieben. Eine Erweiterung der Dienstgeschäfte der Aufsichtsbeamten trat im Berichtsjahr ein durch die Uebertragung von 19 speziellen Erhebungen, darunter je eine über die Durchführung der Schutzverordnung für Bäckereien und Konditoreien und über Dampf-(Schwaden-)Kessel in Bäckereien.

Die Kinderausbeutung ist in Preußen ganz enorm gestiegen, wobei zu beachten ist, daß die ermittelten Zahlen bei Weitem nicht den wahren Umfang der Kinderarbeit enthüllen, da die Zählung zu einem Termin stattfindet, wo Tausende von jugendlichen Fabrikarbeitern bereits die Kindergrenze überschritten haben. Die preussische Regierung sollte doch endlich mit einer solchen Verbundelungsstaffel brechen und die Zählung auf Anfang Mai verlegen. Auch die Gerichte und Behörden, mit ihrer engherzigen Auffassung des Fabrikbegriffes, tragen zur künstlichen Verschleierung der Kinderzahl bei, denn Hunderte von Kindern werden nicht mitgezählt in Anlagen, auf die alle Voraussetzungen des Fabrikbegriffes zutreffen und die dennoch nicht als Fabriken erachtet werden. Der eigentliche Hort der Kinderausbeutung bleibt aber nach wie vor die Hausindustrie, wosüber die Berichte von Oppeln, Erfurt, Minden, Arnsberg, Düsseldorf und Aachen ein reichhaltiges Material von Beobachtungen über diese erbarmungswürdigen Zustände veröffentlichen und zum Theil energisch für gesetzliche Reformen, entweder für ein Verbot der hausindustriellen Kinderarbeit, oder für die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und auf die Werkstätten mit Motoren, eintreten. Nur der Aachener Beamte vermag sich noch nicht zur Höhe gründlicher Reformen aufzuschwingen, weil dadurch

die durchweg arme Industriebevölkerung geschädigt werde. Dafür wird dort dem Uebel mit allerlei Palliativmitteln zu Leibe gegangen; so wollen die beteiligten Firmen selber, event. durch Hausarbeitsverweigerung, darüber wachen, daß die Eltern ihre Kinder nicht mißbräuchlich ausnützen, und die Regierung hat eine neue Schulordnung erlassen, die von jeder Unterrichtsstunde zehn Minuten für Freübungen und Turnspiele abknappft, um die Kinder zu kräftigen. Von dieser Kräftigung werden natürlich wieder einzig die Fabrikanten in Form höherer Arbeitsleistung und niedrigerer Löhne den Vortheil haben. So wird in Preußen Sozialpolitik gemacht.

Auch die Jugendschutzvergehen sind unter dem Drange nach stärkerer Kinderausbeutung gestiegen, wie die Zunahme der schwereren Vergehen beweist; so stiegen die Fälle überschrittener Arbeitszeit bei Kindern von 253 auf 321, die verbotener Nachtarbeit von 90 auf 91 und die verbotener Sonntagsarbeit von 129 auf 179 Fälle usw. Von den 9895 in 4740 Anlagen ermittelten Vergehen kamen 1448 in 825 Anlagen der Nahrungsmittelindustrie vor, ungerührt der besonderen Bäckerschutzesvergehen. Bestraft wurden nur 824 bzw. 133 Personen und auch diese nur zu geringfügiger Geldstrafe. Im Bezirk Leer-Osnabrück hat sich eine Zuderwaarenfabrik holländische Kinder von 13 Jahren verschrieben, weil diese dort früher aus der Schule entlassen werden und in Deutschland schulpflichtige Kinder nicht in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Um wenige Pfennige niedrigeren Lohn exportirt also das von Patriotismus triefende Unternehmertum ausländische Kinder nach Deutschland!

Das Lehrlingswesen liegt nach den Berichten sehr im Argen. Während sich die Großindustriellen einer regelrechten Lehrlingsausbildung entziehen, herrscht im Kleingewerbe und in der Kleinindustrie die schlimmste Lehrlingszüchterei, und daß darin das Bäckergewerbe nicht zurücksteht, ist zur Genüge bekannt und wird durch die Berichte aufs Neue bestätigt, so von Oppeln und Hannover-Osnabrück. In Berlin hat die Lehrlingszüchterei eine sonderbare Blüthe ge-trieben; dort ist nämlich ein „Gewerbebureau zur Unterbringung von Lehrlingen aller Berufe“ entstanden, das die Provinzen gewerbmäßig mit billigem Ausbeutungsmaterial versorgt und im Bezirk Hagen sogar einem übelberüchtigten, mehrfach mit Zuchthaus vorbestraften Korbmacher einige Jungen verschaffte. Da thut eine gründliche Reform der Lehrlingsverhältnisse, aber anders als im Sinne der kürzlich verabschiedeten Zünflernovelle, wahrlich noth.

Der Arbeiterinnenschutz stößt nur noch auf verminderte Schwierigkeiten; die Zahl der Arbeiterinnenschutzvergehen geht stetig zurück und ist von 4409 auf 3221 in 1514 Anlagen gesunken, wovon 829 auf 313 Anlagen der Nahrungsmittelgruppe entfallen. Bestraft wurden nur 263 bzw. 27 Personen. Auch hier herrscht also dasselbe Mißverhältnis zwischen Vergehen und Strafen und die Strafen sind meist so auffallend mild, daß es eher zu weiteren Vergehen anreizen. So wurde im Bezirk Köln ein Wäschebäckerei, der 45 Arbeiterinnen 2 1/2 Stunden über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigt hatte, für diese 112 1/2 Stunden ungegesetzliche Arbeitszeit mit ganzen M. 5 bestraft!

Die Ueberarbeitsbewilligungen für Arbeiterinnen sind ebenfalls zurückgegangen; es erhielten diesmal 1011 (1062) Betriebe für 80 620 (88 530) Arbeiterinnen insgesamt 1 620 483 (2 220 733) Ueberstunden an Wochentagen, woran die Nahrungsmittelindustrie, die an zweiter Stelle steht, mit 117 (101) Betrieben, 3199 (5389) Arbeiterinnen und 351 554 (307 659) Ueber-

*) Die eingeklammerten Zahlen betreffen die Ergebnisse der 1895er Zählung.

Stunden beteiligt ist; hier ist also die Ueberstundenzahl bedeutend vermehrt worden. Außerdem erhielten noch 127 Betriebe für 2867 Arbeiterinnen Ueberstunden an Sonnabenden zu Reinigungszwecken.

Für einen erhöhten gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen gegen unbillige Behandlung tritt energisch der Erfurter Beirath ein; auch im Bezirk Frankfurt a. O. kamen Fälle unwürdiger Behandlung zur Kenntniss der Inspektion. Die Hauptfrage dabei ist, daß ein solches Gesetz dann auch streng gehandelt wird und daß man nicht die in ihrer weiblichen Erscheinung beleidigten Arbeiterinnen auf den Privatklagenweg verweist.

Die Zunahme der erwachsenen Arbeiter erfolgt trotz mangels einheitlicher Statistik der genaueren Berechnung, doch steht eine größere Zunahme angesichts der lebhaften Erwerbssteigerung zweifellos fest und wird in den wenigen Berichten, die genaueres Material bringen, bestätigt. Ueber die Bäckereien und Bäckerarbeiter enthalten nur die Berichte von Berlin und Gildesheim einige Angaben; darnach wurden in Berlin 1569 Bäckereien, im Bezirk Gildesheim 625 Bäckereien mit etwa 800 Bäcker- und Konditorgehilfen gezählt. Von Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahre wenig zu spüren, öfters machte sich ein empfindlicher Arbeitermangel bemerkbar, namentlich in den östlichen Provinzen, wo die Sachfengängerei einen verhängnisvollen Umfang annahm. Die Unternehmer wandten sich dieserhalb vielfach an die Regierungsorgane um strengere Zulassung russisch-polnischer und galizischer Arbeiter und um Ueberlassung von Strafanstaltsstrakten; von letzteren machen jedoch meist nur die gemeinlosesten Unternehmer Gebrauch, die anderwärts freie Arbeiter nur noch schwer bekommen, wie der Koblenzer Bericht ausdrücklich vermerkt.

Die Dauer der Arbeitszeit hat sich im Allgemeinen wenig geändert; der Achtstundentag wurde nur ganz vereinzelt und nur im dreischichtigen Betriebe durchgeführt und der Neunstundentag machte in den graphischen und Holzberufen Fortschritte, die aber lediglich dem Vorgehen der Arbeiter zu danken waren. Der Erfurter Bericht meldet: „Wenn im Bezirk die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist, hat sie sich in jeder Beziehung bewährt, so daß ihre weitere Ausdehnung bringen zu wünschen ist. Im Allgemeinen kann man sagen: je kleiner der Betrieb, desto länger die Arbeitszeit.“ Ein Urtheil, das jeder Sachkenner sicherlich unterschreiben wird. In den gut beschäftigten Industrien wurde stark mit Ueberstunden gearbeitet und dadurch der Werth der verkürzten Arbeitszeit erheblich beeinträchtigt. Außerordentlich lange Arbeitszeiten kommen in Ziegeleien, Zuckerfabriken, Kalk- und Chamottewerken, Brauereien, ganz besonders aber in Mühlen vor. Einen Fall empörender Ausbeutung stellte der Rosener Beirath in einer Kappspinnfabrik fest, die wöchentlich eine 36 stündige Schicht verarbeiten läßt und vor Weihnachten gar zwei solcher Schichten in einer Woche anordnete. Der Beirath bedauert, daß das Gesetz keine Handhabe gegen solche Ausbeutung biete. Eine andere gesetzliche Lücke fand der Liegnitzer Beirath, in dessen Bezirk eine englische Wollmanufaktur jahraus, jahrein dieselben männlichen Arbeiter in der Nachtschicht beschäftigte, während tagsüber Arbeiterinnen thätig waren. Im Bäckergewerbe ist ja derselbe Mißstand gesetzlich sanktionirt worden. Ueber die Arbeitszeit und die Durchführung des Maximalarbeitstages in Bäckereien ist in einer besonderen Uebersicht berichtet worden.

Die Löhne der Arbeiter haben sich ebenfalls wenig verändert, doch ist das Einkommen der Arbeiter, entsprechend der regelmäßigeren Beschäftigung und häufigen Ueberstundenarbeit, etwas gestiegen, welcher Mehrverdienst indes für bessere Ernährung, sowie für die theilweise gesteigerten Lebensmittel- und Wohnungspreise wieder darauf ging. Der Hannoverische Bericht veröffentlicht die Ergebnisse einer Wohnstatistik, wonach die Bäckerarbeiter im Kreis Göttingen Löhne M. 3,25, die Arbeitsleute daselbst M. 3, und die Müller M. 3,30 bezw. 2,25 im Kreis Verden-Land pro Tag verdienen. Die Löhne sollen Durchschnittslöhne sein, ohne daß die Methode ihrer Berechnung angegeben wurde. Eine Schokoladenfabrik daselbst zahlte den Konditoren M. 4, den Hilfsarbeitern M. 2,50 und den Arbeiterinnen M. 1,17 pro Tag. Ein Steigen der Lebensmittelpreise war namentlich in den östlichen, und ein solches der Wohnungspreise in den westlichen Bezirken zu beobachten, wo vielfach ein bühner Wohnungsmangel hervortrat, was die höheren Preise zum Ban eigener Arbeiterwohnungen anregt werden mußten; auch die gemeinnützigen Bauvereine wurden von den Behörden gefördert. Alle diese Maßnahmen betreffen jedoch nur einen kleinen Kreis von Arbeitern und haben in Bezug auf die große Masse keinen besonderen Erfolg, wie der Merseburger Bericht mit Recht bemerkt. Viel-

fach waren die Unternehmer bemüht, ihren Arbeitern durch Bezug billiger Lebensmittel (Kartoffeln, Kohlen, Seefische) das Auskommen mit den niedrigen Löhnen zu erleichtern, womit sie jedoch bei der aufgellärten Arbeiterchaft wenig Gegenliebe fanden; diese kennt die Lohnpolitik der Pappenheimer ganz genau.

Die Ausstandsberichte der Beamten leiden ganz offensichtlich an Unzuverlässigkeit und Unklarheit, was gerade hinsichtlich dieser wichtigen sozialen Ereignisse lebhaft zu beklagen ist. So wird der große Konfliktionsstreik nur im Erfurter Bericht seiner Bedeutung gemäß gewürdigt, und des großen Hamburger Hafenarbeiterstreiks wird nirgends Erwähnung gethan. Dazu fügen sich manche Streitnotizen augenscheinlich auf zufällige Notizen der tendenziös berichteten Amtsblätter, wodurch die Gewerbeinspektions-Berichte durchaus nicht an Sachlichkeit gewinnen. Ein eingehenderes Studium und eine sorgfältigere Behandlung der Ausstände in den Berichten wäre sehr erwünscht, und jedes Gewerkschaftskartell würde den Gewerberäthen gern das nöthige Material unterbreiten.

Zum Schlusse Einiges zur Unfallstatistik, die noch immer an den früher gerügten Mängeln laborirt. Der Liegnitzer Beirath verschweigt beharrlich die Unfallziffer seines Bezirkes, so daß wir nur die Zahlen aus 26 Bezirken wiedergeben können. In diesen kamen 87 742 gewerbliche Unfälle (gegen 76 987 im Vorjahr) zur Anmeldung, wovon 723 (607) tödtlich verliefen; dazu kommen 31 467 Unfälle im Bergbau (gegen 22 280 im Vorjahre); davon 828 (547) tödtlich. Es betrug sonach die Zunahme der Unfälle im Gewerbe 10 755 = 13,9 pZt., im Bergbau 9187 = 41,6 pZt., die der tödtlichen 19,3 und 51,3 pZt. Daß diese erschreckende Unfallsteigerung hauptsächlich durch den wirtschaftlichen Aufschwung mit seiner Verschärfung der Ausbeutung, Antreiberei zu eiliger Arbeit, erhöhten Affordbarkeit und langausgedehnten Ueberstundenarbeit verschuldet ist, das sprechen zahlreiche Berichte mit erfreulicher Offenheit aus. Wahrlich, es kann kein vernichtenderes Urtheil für die herrschende Ausbeutungsordnung und für die Mängel des Arbeiterschutzes geben, als das, welches sie für die Hunderttausende von Opfern an Gesundheit und Leben von Arbeitern verantwortlich macht. Wer aber darnach auf ernste soziale Reformen hofft, der verkennt die Natur unseres den Unternehmerinteressen am ehesten dienbaren Klassenstaats. In der Aera der Schärferpolitik, der Umsturz- und Staatsstreichgelüste ist kein Boden für ernste Arbeiterschutzelemente, und die Arbeiterklasse wird nur dasjenige von ihren Forderungen erhalten, was sie sich selber erkämpft.

Sozialpolitisches.

* **Industrielle Profitthamerei.** Der „Gordian“, Zeitschrift für die Kakaos-, Schokoladen- und Zuderwarenindustrie, schreibt: „Seit über 20 Jahren ist unsere Industrie die größte Konsumtion für Vanillin, das in Holzrinde nach einem patentirten Verfahren von Haarmann & Reimer hergestellt wird. Für dieses Präparat hat unsere Industrie in den letzten Jahren M. 560, vorher M. 650, 680, 700, 750, 900 pro Kilo bezahlt. Noch früher, und zwar im Ansehung kostete es M. 7000, dann M. 4000, 2400, 1600, 1200, 1000 pro Kilo. Heute kostet genau dasselbe Präparat, hergestellt nach genau demselben Patente von genau denselben Leuten in genau derselben Stadt, nur M. 126 pro Kilo. Man merke die Differenz, die zwischen dem Anfangspreis von M. 7000 und dem Endpreis von M. 126 pro Kilo liegt!“

Hellotrope kostete im Jahre 1879 M. 3000 pro Kilo, heute M. 36. Aehnlich ist es mit dem Kumin, einem Präparat, das zur Erzeugung des Waldmeisteraroma verwendet wird.

Der „Gordian“ bemerkt zu diesem Preiswechsel: „Man würde sich freuen können, wenn verbesserte technische Einrichtungen daran schuld wären, so hat man nicht seine Freude daran, sondern man betrenzt sich dreimal vor solchen Profitraten und gesteht ein, daß hier eine recht wenig moralische Seite des gewerblichen Lebens aufgedeckt worden ist: Man sieht, der Eine heutet den Anderen aus, so lange er kann. Ob's immer so bleiben muß? Natürlich geht nun auf den Seiten, wo man zur Preisstellung auf Grund ethischer Kalkulation endlich gezwungen worden ist, ein Jammern und Behagen über die Konkurrenz an. Und hier wie überall ist jeder Konkurrenz ein Schurke — nach der Meinung Derer, die ihren Profit geschmälert sehen.“

* **Zu der australischen Kolonie Victoria** mit der Hauptstadt Melbourne besteht seit Kurzem ein neues Fabrik- und Werftstättengesetz, welches zu gleichen Theilen gemischte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitern — die Mitglieder nach allgemeinem und geheimem Wahlrecht gewählt, in's Leben gerufen hat, die über alle das Arbeitsverhältniß betreffenden Fragen zu berathen und zu beschließen haben, u. A. auch über die Lohnhöhe. Die Kommissionen — oder Arbeitsämter —, die für die verschiedenen Industriezweige eingerichtet sind, haben bereits für verschiedene Arbeitszweige einen Minimallohn festgesetzt — für Tischler z. B. von M. 45 (Schilling) die Woche.

Gewerkschaftliches.

* **Die Differenzen in der Konsumbäckerei zu Wandsbek** sind dadurch beigelegt worden, daß der Inhaber dieses Geschäftes jetzt seinen Gesellen Lohn und Logis aus dem Hause giebt und jedem Gesellen eine wöchentliche Entschädigung

von M. 10 dafür bezahlt. Nur dem energischen Vorgehen unserer dort beschäftigten Kollegen (Verbandsmitglieder) ist dieser schnelle Erfolg zuzuschreiben. Möchten die Kollegen in anderen Bäckereien sich ein Beispiel daran nehmen und ebenso einig und entschlossen in ähnlichen Fällen auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen dringen, so würde auch da der Erfolg nicht ausbleiben!

* **Aus Lübeck.** In dem Kampfe der Mitgliedschaft Lübeck zur Eringung und Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gesellenorganisation hatten bis zum 21. Oktober, an welchem Tage sich eine öffentliche Kartellversammlung mit der Angelegenheit beschäftigte, die Genossenschaftsbäckerei und sechs Meister die Forderung der Gehälten bewilligt. Zu der Versammlung war der Vorsitzende des Verbandes aus Hamburg auf Einladung der Kartellkommission erschienen. Die Kommission berichtete, daß sie sich brieflich an die Junnung gewandt habe, worauf der Junnungsvorstand, ohne erst die Mitglieder zu fragen, jede Unterhandlung abgelehnt habe. Darauf wandte sich die Kommission an den Obermeister der Junnung und fand hierbei eine Unterredung statt, in welcher dieser Herr es natürlich ableugnete, daß die Junnung ihre herauffordernde Nachsicht nur betrieben habe, um durch ihren Arbeitsnachweis die organisirten Gesellen aus der Stadt hinaus zu maßregeln. Es sei der Junnung ganz einerlei, ob ein Geselle zu den „Rothen“ oder „Blauen“ gehöre, wie würden in Arbeit gebracht. Als Mensch müsse er die Handlungsweise der Junnung selbst beurtheilen, dieselbe sei aber durch das „strecke“ Auftreten des Kollegen Breithaupt den Meistern gegenüber und durch Provozierungen und Beleidigungen in der „Bäderzeitung“ dazu gezwungen worden. (Natürlich war die Junnung wieder unschuldig und wollte nur das Beste der Gesellen!!)

Nachdem von den Kollegen Breithaupt und Almann der ganze Hergang der Verhandlungen zwischen Junnung und Gesellenkommission, sowie die durch den Junnungs-Arbeitsnachweis geplante Unterdrückung und Rechtslosmachung der organisirten Kollegen ausführlich geschildert worden war, fand eine sehr ausgedehnte Debatte statt und wurde beschlossen, vorläufig den ganzen Hergang der Angelegenheit durch den „Lübecker Volksboten“ dem Publikum zu unterbreiten. Wenn bis zum Montag, dem festgesetzten Schlußtermin der Einlieferungen der Bewilligungen seitens der Meister, dieselben den Arbeitsnachweis des Verbandes nicht anerkannt haben, findet nächste Woche eine neue Kartellversammlung statt, die endgültig Beschluß in dieser Sache fassen soll. Es wurde noch mitgetheilt, daß mehrere Bädermeister sehr ausgebreitet darüber waren, daß der Junnungsvorstand eine Unterhandlung abgelehnt hätte, ohne die Mitglieder der Junnung deshalb zu befragen, und hat sich jetzt derselbe dazu bequemen müssen, eine Versammlung der Junnung einzuberufen.

* **Aus Rostock.** Vorige Woche wurde von den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle ein Flugblatt in 6000 Exemplaren an die Bevölkerung verbreitet, in welchem der ganze Hergang der Differenzen dem Publikum klargelegt wird. Die Arbeiterschaft von Rostock wird schließlich davor um moralische Unterstützung der ausgesperrten Kollegen ersucht, indem sie ihr Brot und ihre Badwaaren nicht von der Bornhöft'schen Bäckerei, sondern nur von dem Bädermeister F. Willer, Vohmühlenweg 2, kaufen möchte. Derselbe hat sich bereit erklärt, die beiden verheirateten Vorstandmitglieder in Beschäftigung zu nehmen, sobald durch die Unterstützung der Arbeiterschaft sein Geschäftsumsatz dementsprechend zunimmt.

* **Aus Kopenhagen.** Ein Beispiel über die Leistungsfähigkeit der Mitgliedschaft Kopenhagen des dänischen Bruderverbandes und die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder, zeigt uns die Abrechnung über den Schmiede-Lochort in Kopenhagen. Zur Unterstützung desselben lieferte die Abtheilung der Bäcker 3300 Kronen ab, die der Konditoren 200 Kronen. Vom 1. Dezember 1895 bis 1. August d. J. zahlte die Mitgliedschaft an ihre Mitglieder 5064 Kronen Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung aus. Die Abtheilung der Bäcker zählt jetzt 862 Mitglieder, davon 140 Arbeitslose; die der Konditoren 85 Mitglieder, darunter 7 Arbeitslose.

In der Meldung in letzter Nummer d. Bl. über den Streik in der Schiffsbrotbäckerei ist leider ein Irrthum enthalten, welcher durch die Meldung eines deutschen bürgerlichen Blattes, daß der Streik beigelegt sei, und durch falsche Uebersetzung eines Briefes vom Vorsitzenden des dänischen Verbandes, welcher auf eine Anfrage in dieser Angelegenheit eintraf, entstanden ist. Der Streik ist noch nicht beigelegt, die Schiffsbrotbäckerei hat es aber verstanden, drei Streikbrecher heranzuziehen. Da sie aber mit diesen drei Leuten ihre Arbeit jedenfalls nicht bewältigen kann und versuchen wird, in Deutschland Streikbrecher zu werben, werden die Kollegen gewarnt, Arbeit nach der Schiffsbrotbäckerei in Kopenhagen anzunehmen.

* **Ein österröschisch-ungarischer Bädertag** wird am 1. und 2. Januar in Wien abgehalten werden. Die Tagesordnung enthält u. A.: Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Lehrlingswesen, Gewerbe-Inspektion.

Berichtungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Berlin. Am 3. August hielt in der regelmäßigen Mitgliederversammlung Genosse Adolf Hoffmann einen Vortrag über „Glaube und Vernunft“. Der Referent wurde mit reichem Beifall belohnt. Um nicht in jeder Versammlung so viel Zeit zu verschwenden, wie beschlossen, den Klassenbericht alle Quartal zu verlesen.

Am 15. September hielt uns Herr Dr. Joel einen interessanten Vortrag über „Rausen's Nordpolfahrt“. Da dieser Vortrag zu lange Zeit in Anspruch nahm, mußte der zweite Punkt, „Der Nutzen der Arbeitslosen-Unterstützung und ihre Durchführung in unserer Mitgliedschaft“, vertagt werden. Es wird noch beschlossen, für die nächste öffentliche Versammlung Propaganda zu machen.

Am 29. September fand eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, in welcher Kollege Höpner einen interessanten Vortrag hielt über die Zustände in der Goldbacher Bäckerei, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Hierauf widersetzte der Kollege Schäfer einem Kollegen aus der Goldbacher Bäckerei in gehärdiger Weise, dieser Kollege behauptet trotzdem noch, daß die Zustände als glänzend dastehen. Zum Schluß macht der Vorsitzende noch auf unser Herbstkränzchen aufmerksam, welches vom Verbande unter Mitwirkung des Gesangvereins arrangirt ist.

Frankfurt a. M. In der öffentlichen Bäderversammlung am 6. Oktober sollte Gen. Göller einen Vortrag halten; der Referent war jedoch nicht erschienen. Kollege Tragefer gab einen

ausschließlichen Bericht über den Bäckereistreit in einer Moskoder
Brotfabrik und ersuchte die Versammlung, die Streikenden zu
unterstützen, was noch von einigen Rednern warm empfohlen
wurde, damit die Frankfurter Bäder nicht hinter den Kollegen
in anderen Städten zurückblieben. Die Versammlung nahm
eine Resolution an, durch welche die Unterstützung zugesagt
wird. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden mehrere Bäckereien
angeführt, in welchen noch Vieles zu bessern ist, namentlich bei
Gaubau, Gaußstraße, und Pfeil, Eckersheimer Landstraße. Auch
sind in letzter Zeit einige Bäckereimeister bestraft worden, wegen
Übertretung des Maximalarbeitstages, ebenso stehen noch ver-
schiedene Bestrafungen bevor. Bei dieser Gelegenheit wurde
darüber hingewiesen, wie nützlich die Organisation wirkt, wie sie
überall eingreift und Abhilfe schafft, was durch eine größere
Betheiligung aller Kollegen in noch weit höherem Maße ge-
schehen könne.

Harburg a. O. Am Mittwoch, den 8. September, fand
im Lokale des Herrn E. Lüssenhopp, erste Bergstraße 7, unsere
regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung
lautete: 1. Zahlung der monatlichen Beiträge und Ausnahme-
neuer Mitglieder. 2. Die Geschichte der modernen Gesellschafts-
klassen. Referent: Genosse Kauffmann. 3. Wie stellen sich die
Kollegen zur Gründung einer Arbeitslosen-Unterstützungs-
kasse? 4. Fragelasten und 5. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten
Punktes, wobei ein neues Mitglied aufgenommen wurde, hielt
Genosse Kauffmann einen Vortrag über obiges Thema, welcher
von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Zum
dritten Punkt führte Kollege Lange zur Begründung seines An-
trages aus, daß alle Gewerkschaften bestrebt seien, die Arbeitslosen-
unterstützung einzuführen. Er wies hauptsächlich auf die englischen
Gewerkschaften hin, daß deren Größe und Macht auf der Arbeits-
losenunterstützung beruhe. Leider fanden diese Ausführungen
nicht den nötigen Anklang. Die Kollegen Straßberger, Rose,
Knaack und Vempe wendeten sich gegen diesen Antrag, mit dem
Bemerkten, daß es mit der Gründung genannter Kasse noch ver-
spricht wäre und daß dieselbe jedenfalls auch den gehagten Hoff-
nungen nicht entsprechen würde. Etwas Anderes wäre es, wenn
die Arbeitslosenunterstützung zentralisiert würde. Ein diesbezüg-
licher Antrag Vange's wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag des
Kollegen Knaack, in dieser Sache sich mit dem Hauptvorstande
in Verbindung zu setzen, angenommen. Zum Punkt „Verschiedenes“
beschwerte sich Kollege Zeit, daß bei der letzten Veröffentlichung
der Meister, welche bewilligt haben, im „Volkblatt“ ein Fehler
vorgekommen sei, indem Bäckereimeister Körber, welcher seine Ge-
sellen jetzt vom Innungsnachweise bezöge, wieder mit veröffentlicht
worden ist. Redner wurde vom ersten Vorsitzenden an die Ge-
schäftsstelle genannten Blattes verwiesen. Sodann wurden noch
mehrere Beschwerden gegen unseren Arbeitsnachweis geregelt.
Kollege Rose empfahl, sich jetzt mehr gegen diejenigen Meister
zu wenden, welche ihr Versprechen betreffs unseres Arbeits-
nachweises nicht hielten. Dieses wurde von der Versammlung
beifällig aufgenommen und wurde der Kartelldelegierte beauftragt,
in dieser Sache eine öffentliche Volksversammlung bei dem Ge-
werkschaftskartell zu beantragen.

Höchst a. M. Am Mittwoch, den 20. Oktober, tagte im
Saale „Zur Rosenau“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung,
welche sehr gut besucht war. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden,
Kollegen Leidig, um 6 Uhr eröffnet. Zunächst wurde die Ab-
rechnung vom Stiftungsfest vorgelesen, welche ein zufriedenstellendes
Resultat ergab. Alsdann gab Kollege Leidig den Bericht der
Kasse vom dritten Quartal 1897 und wurde dem Kassierer Ent-
lassung erteilt. Hierauf besprach der Vorsitzende in längerer
Ausführungen die Vorgänge unserer Kollegen in Kottbus, Lübeck,
Bremen und Leipzig und forderte die Kollegen auf, fest und
treu zum Verbands zu halten und demselben immer neue Mit-
glieder zuzuführen. Auch bat er die Kollegen, auf die vom Vorstand
herausgegebenen Listen nach besten Kräften zu zeichnen. Im Punkt
„Verschiedenes“ wurde beschlossen, am Sonntag, den 31. Oktober,
einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Kottbus zu machen.
Nachdem noch einige Kollegen ihre Beiträge bezahlt hatten und
wiederum ein neues Mitglied aufgenommen wurde, erfolgte
Schluß der Versammlung.

Leipzig. Am Mittwoch, den 6. Oktober, fand eine öffent-
liche Versammlung der Bäder Leipzigs und Umgegend statt.
Tagesordnung: „Der Streit in der Genossenschaftsbäckerei“. Der
Vertrauensmann erstattete Bericht über die Verhandlungen, die
zwischen der Verwaltung der Genossenschaftsbäckerei und dem
Vorstand des Gewerkschaftskartells stattgefunden haben. Redner
theilte mit, daß der Streit zu Gunsten der Ausständigen be-
seztigt ist und daß ein Verwaltungsrathsmittelglied, Herr Gordon,
um Hilfe der Polizei nachgesucht habe und daß auch die Polizei
zahlreich erschienen war, aber deren Anwesenheit war nicht
erforderlich. Die Streitenden sollen innerhalb 14 Tage wieder
eingestellt werden. Kollege Grabig begrüßte es mit Freuden,
daß der Streit so schnell beendet ist, aber leider ist uns dadurch
wieder die Gelegenheit genommen, einmal gründlich reine Wäsche
zu waschen. Herr Thime bedauert es, daß die Verwaltung das
Ufer eines sogenannten Klatsches geworden ist, auch daß Herr
Gordon die Polizei in Anspruch genommen hat. Kollege Läubert
gibt den wahren Grund seiner Entlassung bekannt; daß dieselbe
auf Unwahrheit beruhe, hat die Verhandlung vom 6. Oktober
ergeben. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung entstand eine
lebhafte Debatte über die Wahl eines stellvertretenden Vertrauens-
mannes und wurde Kollege Müller als solcher gewählt.

Potsdam a. S. Am 14. Oktober wurde von den Berliner
Kollegen nach fünfjähriger Pause wieder ein Versuch gemacht,
Hörsaal zu fassen. Waren auch in früheren Jahren alle
Versuche gescheitert, so war es diesmal ganz das Gegenheil,
da der Saal bis auf den letzten Platz, gefüllt war und circa
250 Kollegen und 20 Meister anwesend waren. Die Tages-
ordnung lautete: „Der Kampf um dem Maximalarbeitstag,
und was steht uns bevor?“ Kollege Basilée führte in ein-
ständigem Referat die Entwicklungsstadien des heiß umkämpften
Maximalarbeitstages vor Augen, berührte sodann die Abände-
rungsversuche der Innungsmeister und einzelner Parteien im
Reichstages und empfahl eine Resolution an den Bundesrath,
worin derselbe aufgefordert wird, an der jetzigen Form der
Bestimmung festzuhalten. Lebhafter Beifall schloß sich an die
Ausführungen des Referenten. In der anschließenden Diskussion
versuchte es der Bäckereimeister Hömann, der Gesellenchaft von
dem Maximalarbeitstag abzurathen, da dadurch das gute Ein-
vernehmen, welches bisher im Gewerbe bestand, zu Grunde gehe,
demselben wurde jedoch von Höpfer-Berlin gründlich heim-
gesendet. Darauf versuchte der Obermeister der Innung, sein
altes Stückenpferd, das Selbstständigwerden, noch einmal zu
beleben, mußte aber enttäuscht vom Platze ziehen, da er bei
den Versammelten keine Sympathie hervorrufen konnte, und dies
von einem Redner als eine Leinwand bezeichnet wurde, auf der
heutzutage Niemand mehr festklebt. Während der Diskussion
wurde eine Resolution aus der Mitte der Versammlung, bedeckt

mit einer Unmasse von Unterschriften, eingegeben, welche sich
für die Erhaltung der Verordnung aussprach. Beide Resolu-
tionen wurden einstimmig angenommen. Ein Theil der Kollegen
schloß sich dem Verbands an und ist die Zahlstelle Potsdam
gesichert. Wahrlich, ein Ehrentag für die Potsdamer Kollegen!
Nögen sie in Zukunft immer so einig zur Verbesserung ihrer
Lage zusammenhalten!

Hildorf. Am 21. v. M. fand hier die regelmäßige Monats-
versammlung statt. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden um 4 1/2 Uhr
eröffnet und wurde zunächst die Kassenberichte erledigt. Sodann
gab der Kollege Neppmann Aufklärungen über den Maximal-
arbeitstag und die Sonntagstrübe. Unter „Verschiedenes“ wurden
dann auf die Sammelliste für die streikenden Bäder Kottbus
M. 7,50 gesammelt.

Steglitz. Am 28. September fand hier eine öffentliche
Versammlung statt. Da zum ersten Punkt der Tagesordnung
der Referent nicht erschien, schritt man zum zweiten Punkt: Was
thun wir zur Innehaltung der Sonntagstrübe und des Maximal-
arbeitstages? Kollege Neppmann führte aus: Gerade in den
kleinen Orten und auf dem flachen Lande werden die Arbeiter-
schutzgesetze am meisten noch übertreten. Es liege hauptsächlich
daran, daß von Seiten der Behörden betreffs der Revision wenig
oder garnichts gethan werde, deswegen wäre es nöthig, daß wir
selbst eine strenge Kontrolle ausüben und alle Arbeitgeber, die
gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen, zur Anzeige bringen.
Da dies aber heute unmöglich ist, weil wir uns zu sehr der
Wahrgelung seitens der Arbeitgeber aussetzen, wäre es sehr
empfehlenswerth, diese Kontrolle von Angehörigen anderer Berufe
ausüben zu lassen, wie dies bereits in anderen Städten gethan
würde. Zu diesem Zwecke ist es aber unbedingt nöthig, mit
der organisierten Arbeiterchaft anderer Berufe in Verbindung zu
treten. Da gegenwärtig die einzelnen Berufe von Steglitz planen,
ein Gewerkschaftskartell zu schaffen, ist es unbedingt nöthig, daß
wir uns daran betheiligen und ebenfalls einen Delegirten dazu
entsenden, zur Wahrung unserer Interessen. Nach längerer
Debatte wurde Basilée-Berlin beauftragt, die nöthigen Schritte
dazu einzuleiten. Unter „Verschiedenes“ weist der Vorsitzende
auf den Kottboder Streit hin und fordert die Kollegen von Steglitz
zu unterstützen. Zum Schluß wurde eine Resolution an
den Bundesrath, welche demselben empfiehlt, an der Verordnung
des Maximalarbeitstages festzuhalten, einstimmig angenommen.
Dieselbe rührte noch von der im Juli stattgefundenen Versamm-
lung her, welche bekanntlich beim Schlußwort unseres Kollegen
Basilée von dem überwachenden Beamten aufgelöst wurde. Mit
einem Hoch auf den Maximalarbeitstag wurde die halbwegs gut
besuchte Versammlung geschlossen.

Eingekandt.

An die Kollegen Lüneburgs!

Schon zu wiederholten Malen sind wir an Euch heran-
getreten, um mit Euch die Verhältnisse in unserem Beruf, sowie
über den Maximalarbeitstag und seine Durchführung zu besprechen.
Leider sind bis jetzt nur wenige Kollegen unserem Rufe gefolgt.
An was liegt dieses? Warum kommt Ihr nicht? Es ist nicht
anzunehmen, daß Ihr unter so befriedigenden, glänzenden
Verhältnissen lebt, die ein Eingehen auf vorerwähnte Fragen
erübrigen. Nein, der Druck und die Spioniererei der Bäder-
meister, unserer Arbeitgeber, und, zur Schande sei's gesagt, auch
einiger eigenen Kollegen, ist es, was Euch zurückhält. Es war
geradezu beschämend, mit anzusehen, wie anlässlich der letzten
Versammlung seitens einiger „Kollegen“ durch Spionieren in der
Nähe des Versammlungslokales und der Straßen, die zu dem-
selben führen, eine Kontrolle und ein Druck auf die Kollegen
ausgeübt wurde, damit ja Niemand zur Versammlung käme.
Sind diejenigen, welche die vorerwähnte zweifelhafte Rolle spielten,
wirklich Männer? Nein, es wäre ihre Ehrenpflicht gewesen —
der Bäckereimeister wie jener Kollegen — uns offen gegenüber zu
treten und uns zu beweisen, daß wir im Irrthum sind, daß
das, was wir wollen, nicht im Interesse der Kollegen liegt,
falsh ist; dann hätte man sagen können, sie kämpften mit ehr-
lichen Waffen. Jetzt aber wird selbst dem Blödsinnigen ein Licht
darüber aufgehen müssen, daß man lediglich aus Furcht darüber,
daß unsere gerechten Bestrebungen Wurzel fassen könnten, die
Kollegen vor jeder Verührung mit uns zurückhält, daß sie dann
vielleicht, wenn die Kollegen zur Einsicht kämen, nicht mehr eine
so geduldige Herde hätten. Wird das aber auf die Dauer
möglich sein? Nein, Ihr Herren Auchkollegen und Innungs-
meister! Noch immer hat der gesunde Menschenverstand über
alle Unterdrückungsmaßregeln gefiegt, und so wird es auch in
diesem Falle sein. Auch die Lüneburger Kollegen werden zur
Einsicht kommen, daß, wenn sie wirklich menschenwürdige Zustände
in ihren Arbeitsstätten haben wollen, sie sich nur auf sich selbst
verlassen können und die Herren Innungsmeister nur so lange
ihre guten Freunde sind, so lange sie hübsch artig sind, das
Maul halten und schustern.

In der nächsten Zeit wird in einem geeigneten Lokale eine
öffentliche Versammlung der Bäder stattfinden. Auch die Herren
Bäckereimeister sind zu derselben freundlichst eingeladen und werden
dann Gelegenheit haben, uns eines Besseren zu belehren.
Hoffentlich werden sie dann nicht das bessere Theil der Tapfer-
keit, das Haispanier, ergründen, sondern Alle, wie auch unsere
Kollegen, vollzählig erscheinen.

Einige Kollegen, die es ehrlich meinen.

Erwiderung.

Auf den in Nr. 20 dieser Zeitung vom Kollegen Tragefer
ersatteten Bericht über die hier stattgehabte Versammlung fühle
ich mich veranlaßt, Folgendes zu erwidern. Kollege Tragefer
spricht von einem Herausrufen der beiden Vorstände durch einen
Meister, von einem Auffordern der Meister, sich zu verteidigen,
von einem Vorwürfen der Mitglieder gegen den Vorstand,
von einem Jurusen: „Wir kommen bald wieder!“ Davon weiß
man überhaupt hier garnichts, und die Punkte, die er als blöds-
sinniges Zeug betrachtet, sind bloß bei der Klärung ver-
schiedener Sachen in Erwähnung gekommen. Wenn spricht er
noch von einem gehörigen Kopfwaschen; dieses hätte er aber
nur umgekehrt bringen müssen, denn von einem Redner, der in
der Diskussion bloß einmal erwidert und für das Schlußwort
dankt, von dem muß man solches doch am ersten annehmen.
Daß Kollege Tragefer für Großstädte sehr gut und richtig ge-
sprochen hat, dieses ist ihm von Niemandem abgestritten worden.
Zum Schluß seines Berichtes spricht er dann noch, nachdem er
erst eine Sache in Erwähnung bringt, die mit der Versammlung
garnichts zu thun hat, von einem Lobausstellen für die Meister,
bezüglich deren ruhigen Verhaltens, und fragt an, ob sie zu Hause
auch so wären. Daraufhin kann ich ihm bloß erwidern, daß
sie sich zu Hause benehmen als Meister im wahren Sinne des
Wortes.

L. Rindt, Harburg.

Anmerk. d. Red. Wir haben dem Kollegen R. den Raum
zur Erwiderung gewährt. Nach seinen Ausführungen müßte der
Kollege Tragefer in seinem Bericht über die Versammlung Un-
wahrheit gebracht haben, was nicht wohl anzunehmen ist, wußte
er doch zu genau, daß die Harburger Kollegen den Bericht auch
zu lesen bekamen; wenn aber dies nicht der Fall, dann giebt
es noch eine Möglichkeit, nämlich die, daß der Kollege R. die
Aussagen nicht gehört hat oder nicht hat hören wollen.
Darüber dürfte er jedoch vom Kollegen Tr. Auskunft erhalten.
Uns interessiert nur das Eine an seiner Erwiderung, daß sich
die Harburger Meister im Hause als Meister im wahren Sinne
des Wortes benehmen! Was darunter zu verstehen ist, bleibt
ziemlich unklar, denn alle Innungsmeister glauben, daß sie sich
als wahre Meister benehmen, verstehen jedoch darunter nur, die
Gesellen in mittelalterlicher Knechtschaft und Bevormundung zu
erhalten und ihnen bei überlanger Arbeitszeit nur larme Löhne
zu gewähren! Oder wird in den Harburger Bäckereien der
Maximalarbeitstag strikte innegehalten? Sind dieselben wahre
Muster in Bezug auf Sauberkeit ihrer Arbeits- und Schlaf-
räume der Gesellen und Lehrlinge, dann stehen sie in Deutschland
einzig da!

Polizeiliches und Gerichtliches.

* **Aus Stettin.** Wegen den Vorfinden der hiesigen Mit-
gliedschaft, Kollegen R. Burzynski, sowie den Redakteur unserer
Zeitung ist auf Antrag des Bäckereimeisters D. Rede von hier
eine Untersuchung wegen öffentlicher Beleidigung eingeleitet, die
in Nr. 17 d. Bl. (in dem Artikel über die Gerichtsverhandlungen
wegen Übertretung des Maximalarbeitstages durch mehrere
hiesige Bäckereimeister) begangen sein soll. Die Beleidigung wird
in dem darin enthaltenen Worte „Innungsproß“ erblickt.

* **Ein Beleidigungsprozeß.** Am 19. Oktober fand
der Redakteur der „Frlst. Bäder- und Konditor-Ztg.“ vor dem
hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung des Vertreters der
organisierten Bäckereigesellen, Hölzle, die der Angeklagte in seinem
Blatte begangen hatte. Abgesehen von den niedrigen Schimpf-
wörtern, die der Artikel enthielt, waren darin verschiedene Ver-
dächtigungen gegen Hölzle erhoben, für die der Angeklagte keinen
Beweis erbringen konnte. Zu seiner Verteidigung führte der
Angeklagte an, es sei seine Pflicht als Redakteur der „Frlst.“-
zeitung gewesen, das Treiben des Gesellenführers zu kennzeichnen
und die Gesellen vor H. zu warnen; auch hätte man ihn in
Bäckereigesellen-Versammlungen angegriffen. Vergeblich versuchte
der Angeklagte immer von Neuem wieder seine Behauptungen
zu beweisen; als ihm jedoch Alles und Jedes durch den Kläger
auf's Schlagendste widerlegt wurde, zog er es vor, Abzucht
sein Wort zu seiner Verteidigung mehr vorzubringen und wählte
sich in Schwelgen. Genosse Hölzle verlangte Verhaftung des
Angeklagten, weil die Behauptungen in dem Artikel auf Unwahr-
heit beruhten und ganz niedrige Beschimpfungen enthielten; auch
hätte er niemals die „Frlst. B.“ u. „K.-Ztg.“ angegriffen. In
seiner Wirklichkeit sei gespielt worden, wie in jeder anderen, wo
Bäcker verkehren; er habe jedoch in keiner Weise Nutzen davon,
wie der Angeklagte verdächtigend behauptete. Das Gericht schlug
einen Vergleich vor, wonach der Angeklagte die Beleidigung
zurücknehmen soll und zwar innerhalb 14 Tage durch eine Er-
klärung in der „Frlst. B.“ u. „K.-Ztg.“, ferner die gesammelten
Kosten trägt und M. 5 in die Armenkasse zahlt. Nach längerem
Zögern ging der Kläger auf diesen Vergleich ein.

* **Aus Dresden.** Am 16. Oktober wurde vor dem hiesigen
Landgericht die Privatklage des Bäckereimeisters Wolf-Deuben gegen
unser Verbandsmitglied Künzler-Potschappel wegen Beleidigung
und Geschäftsschädigung verhandelt. Vom Schöffengericht Döhlen
war derselbe zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden, wogegen
er Berufung eingelegt hatte. Die Beleidigung soll geschehen sein
in der am 14. März d. J. in der „Rothen Schänke“ abgehaltenen
Bäckerverammlung, in der Kollege R. die Rißhände in Wolf's
Bäckerei vorbrachte und kritisierte. Unter Anderem war dort
dummpfies Mehl verbacken worden, welches die Gesellen auf den
Bienen starklopfen und durchsieben mußten. Weiter hatten die
Kagen den Staubzucker verunreinigt und war dieser noch zum
Glazieren von Konditoreiwaren verwendet worden. Die Schlaf-
kammer der Gesellen sei die reine Pesthöhle, und die Matten-
wirtschaft in der Bäckerei sei unerträglich. Ferner erzählte er von
einer Rattenjagd, die er mit dem Kollegen Bär vorgenommen
hätte, indem sie in ein Butterfass, welches noch sechs bis zehn
Pfund Butter enthielt und eine Ratte beherbergte, eine Rabe
gesteckt hatten. Diese Butter hätten sie nachher verbraucht. Auf
diesen letzten Punkt stützte sich die Anklage. Als Zeugen fungirten
das Dienstmädchen Ratzsch und Kollege Bär (Beide früher bei
Wolf) und unser Vertrauensmann Müller als Leiter der Ver-
sammlung. Zeuge Müller bekräftigt das Vorgebrachte, nur hebt
er ausdrücklich hervor, daß der Angeklagte ausgeführt habe, die
Butter von der Rattenjagd sei verbraucht worden, was in der
Urtheilsbegründung des Schöffengerichts garnicht hervorgehoben
war, trotzdem es dort schon von Zeugen festgesetzt wurde.
Zeuge Bär bekräftigt im Allgemeinen die Schweinerei in der
Bäckerei: Deckel zum Rubeden der Häfer seien nur Stückweise
oder garnicht vorhanden gewesen. Das dummpfies Mehl sei nicht
auf den Bienen, sondern auf einem Kasten geklopft und gefiebt
worden. (Bei diesen Fragen des Vorsitzenden konnte ich mich
des Gefühls nicht erwehren, daß dieselben absichtlich verkehrt
wurden. Der Vorsitzende legte Gewicht darauf, ob das Mehl
auf der Diele gefiebt worden sei, während die Hauptfrage, ob
dummpfies Mehl v e r b a c k e n w u r d e, unerledigt blieb,
also nach wie vor diese Thatfache bestehen bleibt. Anmerk.
d. Red.) Auch von dem Dienstmädchen wurde die Matten-
wirtschaft bekräftigt. Die kommissarische Vernehmung des über-
wachenden Beamten der Versammlung besagte, daß er diese
Ausagen genau protokolliert, weil er solche Zustände für un-
möglich gehalten habe. Der von der Amtshauptmannschaft
Dresden bestellte Sachverständige, „Schornsteinfegermeister“
Raumann, sagte aus: Er habe die betreffende Bäckerei revidirt
und Alles reinlich und ordentlich gefunden; er verkehre schon
einige Jahre in der Bäckerei. Matten gäbe es wohl in jeder
Bäckerei, und sei es bei Wolf schwer, dieselben zu beseitigen.
Da nicht an der Bäckerei eine Schleppe vorbeiführe. Der Ver-
theidiger tritt für Freisprechung des Angeklagten oder ganz ge-
ringe Geldstrafe ein. Das Urtheil des Schöffengerichts sei wohl
nur deshalb so hoch ausgefallen, weil die Beleidigung in einer
sozialdemokratischen Versammlung geschehen sei, welche nur darauf
ausginge, die kleinen Meister zu ruiniren, wie es in der Urtheils-
begründung heiße. Eine Beleidigung liege garnicht vor, und dadurch,
daß die von dem Angeklagten angegriffene Rattenjagd im Butter-
fass stattgefunden habe, sei auch keine Geschäftsschädigung erfolgt,
denn es sei schon in der Versammlung zugegeben, daß die Butter
dann verbraucht sei. Also weder Beleidigung noch Geschäfts-
schädigung liege vor. Nach dreiviertelstündiger Verhandlung ver-
fändete der Vorsitzende folgendes Urtheil: Das Urtheil des

sanitäre Vorschriften für die Betriebs-, Lager- und Schlafräume der Bäckereien erlassen werden?

Aber auch ohne polizeiliche Vorschriften für die Einrichtung und Sauberkeit in den Bäckereien würde sich schon manche Besserung erzielen lassen, wenn erst überall die Revision der Bäckereien auch auf die Beschaffenheit der dazu verwendeten Räume ausgedehnt und das Ergebnis, wie hier in dem Bericht gesehen, öffentlich bekannt gegeben würde.

Aus Liebe zu seinen Arbeitern und aus besonderem ausgebildetem Sinn für Sauberkeit wird wohl schon ein Bäckermeister veranlaßt werden, Verbesserungen vorzunehmen, wenn ihn nicht die Angst vor Beschädigung dazu treibt. Deshalb möchten wir überall das Vorgehen des Magistrats zu Nürnberg empfehlen, Bäckermeister, in deren Bäckereien Krätzekrankheit auftritt, öffentlich bekannt zu geben.

Pflicht der Kollegen muß es aber sein, mehr als bisher immer und immer wieder die sanitären Uebelstände der Bäckereien öffentlich durch Wort und Schrift, in Versammlungen und in der Presse bekannt zu geben, dann werden sich die Behörden auch veranlaßt fühlen, dagegen einzuschreiten.

Gewerkschaftliches.

* **Erhebungen über die Wirkungen des Maximalarbeitstages.** Auf Veranlassung des Bundesrathes sind seitens des Ministeriums des Innern die nachgeordneten Behörden angewiesen worden, nach protokollarischer Evidenznahme der Bäckermeister und Konditoren, die Gehälften, sowie der betreffenden Gehälften, sich darüber zu äußern, ob nachtheilige Wirkungen der bekannten Bundesrathsverordnung bei ihrer praktischen Durchführung mit Sicherheit erkennbar seien, worin dieselben beständen, und ob welche Umstände zu Tage getreten seien, welche die Klagen über eine infolge dieser Verordnung angeblich eingetretene wirtschaftliche Schädigung des Bäckergewerbes und das Schwinden des guten Einvernehmens zwischen Meistern und Gesellen als begründet erscheinen lassen. Ferner soll darüber berichtet werden, ob die Verordnung mit Nachdruck oder mit Nachsicht durchgeführt worden ist, und ob im letzteren Falle Grund zur Annahme vorliegt, daß bei Anwendung größerer Strenge die Klagen über nachtheilige Wirkungen lebhafter hervorgetreten sein würden. Es scheinen diese erzielten Erhebungen den Zweck zu haben, dem Bundesrath eine weitere inhaltliche Unterlage für seine Stellungnahme zu bereiten, wenn die Verordnung vom 4. März 1896 abermals den Reichstag nach seinem bevorstehenden Zusammentritt beschäftigen sollte, und dies dürfte sicher der Fall sein.

Die Vorkände der Mitgliedschaften, an die wohl in den meisten Fällen das Ersuchen um Auskunft in diesen Fragen gestellt wird, werden dringend ersucht, so viel Material wie irgend möglich zusammenzutragen, um die Behauptungen und Phrasen der Meister über die angebliche „schwere wirtschaftliche Schädigung“ und das „im Schwinden begriffene gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen“, welches bisher nur immer so lange existirt hat, wie sich die Gesellen die schlimmste Ausbeutung und unmenslichste Behandlung gefallen ließen, zu widerlegen.

* **Das Schmerzenskind der Innungsmeister, der Maximalarbeitsstag,** war wieder einmal Ursache einer dem und wehmüthigen Petition des Vorstandes des Germaniaverbandes an den Bundesrath, in welcher um gänzliche Aufhebung oder doch wesentliche Berichtigung der Bundesrathsverordnung zu Ungunsten der Gehälften und Verträge gebittet wird. Auf die Bemerkung des „Vorwärts“, daß von den Regierungen erwartet wird, das winzige Stückchen Arbeiterschutz unangestastet zu lassen, schreibt unsere „Günther'sche Zeitschrift“:

Es wäre ja nun verlorene Mühe, jenen Agitatoren und den von ihnen verleiteten und überletherten Schaaeren der Bäckergesellen nochmals die allgemeine Schwachheit der bewußten Verordnung vor Augen zu führen. — Die Leute wollen eben nicht belehrt sein; jowohl aber möchten wir hier doch konstatiren, daß für jeden Einsichtigen ein Zwielpalt, ein Gegensatz zwischen den Interessen der Meister und denen der Gehälften überhaupt nicht bestanden hat, sondern nur eben künstlich durch jene den Sozialdemokraten zu verdankende, von falschen Voraussetzungen ausgehende und den tatsächlichen Verhältnissen des Bäckergewerbes in keiner Weise Rechnung tragende angebliche „sozialpolitische“ Maßnahme erst in unserer Zeit künstlich und leider mit so unheilvoller Wirkung hineingetragen worden ist.

Also sieht die Berliner Lante doch nun endlich ein, daß den „Schaaeren der Bäckergesellen“ die Schädlichkeit der Verordnung vor Augen zu führen, verlorene Mühe ist! Wir freuen uns über die Erkenntnis!

Aber auch die Behauptung wird ihr nichts nützen, und wenn sie noch hundertmal aufgestellt würde, daß nämlich ein Gegensatz der Interessen zwischen Meister und Gesellen nicht besteht. Nachgerade hat auch der unerfahrene Kollege einsehen gelernt, daß die Interessen des Meisters nur die sind, aus dem Knochen seiner Arbeiter möglichst Verdienst herauszuschlagen, um aus Knochen derselben ein n. nicht sorgloses Leben ohne ethische Arbeit und Mühe sich zu können.

* **Aus Berlin.** Am 18. Oktober hielt die hiesige Bäckerinnung ihre Quartalsversammlung ab. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war das neue Hausverordnungs-Gesetz, und erklärte sich nach einer Diskussion die Versammlung für Errichtung einer Zwangsinnung, während dabei festgestellt wurde, daß die Innung Concordia-Berlin nicht für Errichtung einer Zwangsinnung zu haben sei. Die Versammlung nahm sodann Beschlüsse, wie dies gewöhnlich geschieht. Es sind hier aber die nachfolgenden, veränderten Gesellen loszusprechen, und bei jeder Gelegenheit folgende:

Aus der Versammlung heraus wurde hernach eine Erklärung über die Art und Weise, wie die sozialpolitischen Gesellen in ihrem Organ über die Meister herzugehen, in welcher Form Ausdruck gegeben. Auch das Demagogische, das die Gesellen, jenseit das bei ihnen beliebte Verfahren, sich in der oft unter den nichtigen Vorwänden gerader zu betheiligen, fand entsprechende Berücksichtigung. Es wurden auch die beiden Berichtsmitglieder zwei Beschlüsse gefaßt, auf eine Veranlassung derartiger Kräfte nach Kräfte hinzuwirken, sowie mit entsprechenden

Schutzmaßregeln zu antworten. Kollege Habild regte die Frage an, wie sich die Meister verhalten sollen gegenüber solchen Gesellen, welche, wie das in letzter Zeit häufiger vorgekommen ist, ihren Meister mit der Arbeit im Stich oder sich sonst etwas zu Schulden kommen lassen, und stellt dabei den Antrag, die Namen solcher Gesellen zu veröffentlichen, damit sich die Meister vor derartigen Elementen schützen können. Kollege Schröder meint, daß es schwer sei, solchen Gesellen das Arbeitsbuch zu entziehen und stellt den Antrag, die Innung möge beschließen, daß Gesellen, welche von ihrem Meister fortgehen und nachher böswillig demüthigen, seitens der Innungspredikanten nicht mehr in Arbeit genommen werden, und nicht, wie bisher, nur eine gewisse Zeit keine Arbeit zugewiesen erhalten. Kollege Sturm ist auch dafür. In einem Agitationsbureau der Gesellen sollen über 200 Meister eingetragen sein, denen nachgelagt wird, daß Uebertretungen der Bäckerverordnungen, zu lange Arbeitszeit und Vergleichen in den Betrieben vorgekommen sind. Der Antrag Schröder wurde darauf von allen Anwesenden einstimmig angenommen. Obermeister Bernard bittet, es dem Innungsvorstand zu überlassen, darüber zu beschließen, daß bei geeigneten Fällen die Namen derjenigen Gesellen, welche sich böswillig etwas haben zu Schulden kommen lassen, veröffentlicht werden. Verschiedene derartige Fälle sind in neuerer Zeit vorgekommen. Außer ungerechtfertigtem Ausbleiben von der Arbeit kommt es häufig vor, daß Gesellen Roggenmehl und Weizenmehl vermischen, und dadurch den Meister schädigen, auch durch Petroleum wurde Mehl unbrauchbar gemacht. Er eruchte, ihn von derartigen Vorkommnissen Mittheilung zukommen zu lassen, damit dann den beiden Innungspredikanten entsprechende Mittheilung zugehen könne.

Also schwarze Listen will man einführen und die Kollegen, welche ihr Recht zu vertreten suchen, von der Arbeitsvermittlung ausschließen! Da tritt erneut an die Berliner Kollegen die Mahnung heran, sich zu organisiren, um diesen Machinationen wirksam entgegenzutreten zu können!

* **Aus Hamburg.** Hier und in Altona bestanden bisher immer noch je zwei Innungen, Grob- und Weißbäckerei. Diese Herren haben vor kurzem das Bedürfnis gefühlt, sich zu einer gemeinsamen Innung für Altona, desgleichen zu einer für Hamburg zusammenzuschließen. Der organisirten Gesellschaft kann diese Verschmelzung nur angenehm sein, wissen sie doch nun, daß sie nur mit einem gemeinsamen Gegner zu thun haben, und wird dieses Bewußtsein die Kollegen, Weiß- und Grobbäcker, nur noch fester zusammenschließen. Wir würden von der ganzen Sache keine Notiz genommen haben, wenn uns nicht die im Meisterorgan angeführten Gründe zur Verschmelzung interessirten. Es heißt dort:

Durch die neueren das Bäckergewerbe sehr schwer belastenden Gesetze, betreffend Sonntagsruhe und Maximalarbeitsstag, ferner verschiedene dem Bäckergewerbe in Hamburg besonders drohende ortspolizeiliche Verordnungen, waren die beiden Innungen oft veranlaßt, gemeinschaftlich zu handeln, gemeinschaftlich gegen die Maßregelung des Bäckergewerbes zu protestiren. Hinzu kam noch die Agitation von der anderen Seite, der sozialistischen Partei, welche unsere Gesellen mit ihren Beglückungstheorien zu gewinnen suchte und somit ein Frontmachen nach dieser Seite hin zur zwingenden Nothwendigkeit machte.

Wir freuen uns, daß hier so offen und ehrlich anerkannt wird, daß der Hauptzweck der Vereinigung das Frontmachen gegen die Bestrebungen der Gesellen ist! Die Kollegen Hamburgs wissen nun auch, was sie von jener Seite zu erwarten haben. Um aber dem Publikum den ganz bestimmten Beweis zu liefern, daß die Innungskrauter nur durch strengste Mäßigkeit den durch den Maximalarbeitsstag verursachten Untergang des Bäckergewerbes abzuwehren bestrebt sind, heißt es am Schlusse des Berichtes: „Unzählige Mengen Bier wurden vertilgt! Freut Euch, Ihr Gehälften, die Ihr diese Ausgaben für die unzählbaren Mengen Bier Eueren Arbeitgebern verdienen dürftet.“

* **Aus Lübeck.** Nachdem die Innungsversammlung es einstimmig abgelehnt hatte, mit dem Gewerkschaftskartell zu unterhandeln, fand am Sonnabend, den 31. Oktober, eine Kartell-sitzung statt, in welcher zunächst die Kommission über ihre Thätigkeit Bericht erstattete. Mehrere Delegirte hoben hervor, daß die Forderung der Bäcker: Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises, eigentlich nicht wichtig und populär genug sei, um auf wirksame Unterstützung der Konsumenten rechnen zu können, man solle Abschaffung des Bevormundungssystems durch die Arbeitgeber (Kost und Logis) fordern. Die Kollegen Altmann, Wolf und Vogl legten noch einmal den ganzen Hergang der Verhandlungen klar. Ersterer betonte, daß die Machination der Innung von langer Hand geplant sei, um die organisirten Bäcker aus Lübeck zu maßregeln, und zeigte an der Maßregelung des Kollegen G. Wolf, in welcher brutaler Weise die Innung vorgehe. Die Organisation der Bäcker komme gerade mit dieser Forderung, weil sie von der Innung dazu provoziert sei. Alle Kollegen mühten jetzt, daß die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges die wichtigste Aufgabe in unserem Verufe sei. Dieselbe wäre aber in Lübeck nicht durchzuführen, wenn es erst durch den Arbeitsnachweis der Innung gelingen sei, die organisirten Bäcker aus der Stadt hinauszubringen. Es wurde noch mitgetheilt, daß der Bäckermeister Sah, welcher erst durch seine Unterschrift die Forderung bewilligt hatte, dieselbe wieder zurückgezogen hat.

Der in der Kartellversammlung anwesende Obermeister der Innung hat um's Wort, welches ihm auch ertheilt wurde; er führte etwa Folgendes aus: „Er sei nur als Zuhörer erschienen, die Ausführungen einzelner Redner jedoch veranlaßten ihn, das Wort zu ergreifen. Er bestätigte die Annahme des Entwurfs durch die Innung in Gegenwart von vier Gesellen. Es sei ein Fehler seitens der Innung gewesen, daß sie die Gesellen-Kommission bei Seite ließ. Ursache dazu sei nachstehender Brief der Bäckergesellenbrüderschaft gewesen.“

Lübeck, den 17./8. 1897.
An den Vorstand der Bäckerinnung
hier selbst.

Die heutige Versammlung der Bäckergesellenbrüderschaft erklärt der Innung, daß sie das Vertrauen zu der jetzt bestehenden Gesellenkommission verloren hat und dieselbe hiermit aufgehoben ist. Statt dessen hat die Versammlung die Gesellen Biber, Steinhoff und Bod als Kommissionsmitglieder und den Gesellen Damman als Ertrag gewählt. Indem wir die Innung ersuchen, diese Kommission anzuerkennen, drücken wir zu gleicher Zeit den Wunsch aus, daß die Innung dahin trebe, den Arbeitsnachweis sobald als möglich in Thätigkeit treten zu lassen und bitten um baldige Antwort.
Der Vorstand der Bäckergesellenbrüderschaft
D. B e h n d e, Vorsitzender.
F. B o d, Schriftführer.

Die Innung denke nicht daran, durch den Nachweis organisirte Gesellen auszuschließen. Nachdem dem Redner der des Gesellen Wolf vorgehalten war, bei dem dies doch geschehen erklärte er: Die frühere Bestimmung des Innungsstatuts, welche im Falle Kontraktbruches dieses vorschrieb, sei zu hart und deshalb im Statut des Nachweises ausgemerzt worden. In Zukunft werde die Arbeit streng der Reihe nach vergeben. Er sehe auch ein, daß die Abweisung der Kartell-Kommission durch die Innung ein Fehler gewesen sei. Meister Sah habe sich die Aufnahme in die Innung gemeldet, Mitglied sei er noch nicht. Diese sowie die früheren diesbezüglichen Mittheilungen gaben einem Redner Anlaß, zu konstatiren, daß Herr Sah erst vor nicht allzu langer Zeit in den sozialdemokratischen Verein habe aufnehmen lassen. In seinen Augen sei der Mann also ein Geschäftszöglarist.

Nach den Erklärungen des Obermeisters wurde seitens der Genossen Rasch nachstehende Resolution eingereicht und begründet. Die heutige Kartellversammlung erklärt hinsichtlich der Frage des Arbeitsnachweises der Bäckerinnung: Wenn gehalten wird, daß der Herr Obermeister der Innung zugesichert hat, daß nämlich kein organisirter Arbeiter gemahregelt, sondern die Arbeit der Reihe nach vergeben werden solle, und wenn zugestanden wird, daß 3 Vertreter der organisirten Bäcker im Arbeitsnachweise sich erhalten, die Angelegenheit für geregelt.

Diese Resolution fand mit der Bedingung Annahme, daß die Antwort der Innung bis zum 10. November erfolgen müsse. Durch diesen Beschluß ist das Kartell der Innung demnächst entgegen gekommen. Wir sind neugierig, ob alle Innungskrauter so denken, wie ihr Obermeister. Thun sie das nicht, so würde ja der Tanz losgehen können, den jeder Mensch mehr bereuen würde als die prosygnen Innungsmittel.

* **In der Dampfbrotfabrik in Lübeck,** deren in ihrem Verhältniß zueinander stehenden Klassenlöhne wir in dieser Blatt kritizirten, best. am Sonnabend, den 31. Oktober, die Geschäftsführer sämmtlich dort beschäftigten Kollegen zu einer mit ihnen über die vom Verbandsvorstand eingereichten Forderungen zu unterhandeln. Die Hauptforderung war die Garantie eines Minimallohnes von M. 22 pro Woche (bisher M. 19), worauf auch der Herr sich nach kurzem Hin und Her einließ, desgleichen bewilligte er auch die übrigen Forderungen, welche darauf hingingen. Mißstände in der Fabrik zu beseitigen. Der Herr forderte jodann sämmtliche Arbeiter auf, falls ihn sonst noch ein Uebelstand in der Fabrik bekannt sei, ihn sofort davon Mittheilung zu machen, damit er dann wieder in Frieden mit seinen Leuten auskommen könnte. Mit diesem Erlaß können die dort beschäftigten Kollegen zufrieden sein! Es ist dieser Vorgang allen Kollegen zur Mahnung dienen, die Organisation beizutreten; ohne der Organisation anzugehören hätten die Kollegen sicher diesen Erfolg nicht aufzuweisen gehabt. Für den jährlichen Beitrag von M. 9.60 an den Verband hat nun jeder dort beschäftigte Kollege ein jährliches Mehreinkommen von M. 156 gewonnen.

* **Aus Köln a. Rh.** Der Apostel der Harmonie zwischen Meister und Gesellen, Mitgeselle A. Bühl von hier, der sich nicht oft genug in dem Organ des Germaniaverbandes gegen den Maximalarbeitsstag aufmerken konnte, scheint nun doch entdeckt zu haben, daß denn doch nicht Alles in unserer Gewerbe so rosig aussieht, wie er dies sonst auszumalen zu beabsichtigte; denn er schreibt neuerdings in der „Günther'schen Zeitung“: „Um nun aber etwas Zweckmäßiges einzuführen, was jedem Meister und Gesellen von Nutzen wäre, halte ich für angebracht, daß an den drei Hauptfeiertagen des Jahres nämlich Weihnachten, Ostern und Pfingsten, die Arbeit in den Bäckereien eingestellt wird.“

Führen wir uns einmal im Geiste das Weihnachtsfest vor, auf welches sich Alt und Jung schon im Voraus freut. Jedoch fühlst dich im engeren Familienkreise wohl. Wenn Morgen aller Frühe die Glocken ihr feierliches Geläute erschallen lassen, müssen wir Bäcker uns noch in der Backstube abquälen, und wissen fast nicht, ob Feiertag oder Arbeitstag ist. Wehlich ob ebenso ist es an den anderen christlichen Hauptfeiertagen.

Ich ersuche daher alle Meister und Gesellen, dahin zu streben, die Abschaffung der Arbeit wenigstens an dem ersten Tage der hohen Feiertage herbeizuführen. Auch erlaube ich den Meistern in den Städten, wo an diesen Tagen nicht gearbeitet wird, zu fragen, ob sie sich nicht wohl dabei fühlen.“

Wenn der Kollege die Bäckerbewegung auch nur amüßig verfolgt hätte, müßte er einsehen, daß er mit seinem Appell die Meister nur unnütze Worte verliert; denn in den verschiedenen Städten wurden die Versuche schon wiederholt unternommen, wenigstens an den drei hohen Feiertagen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten je eine Freinacht einzuführen; leider ohne allen Erfolg wie noch in diesem Jahre Mainz bewiesen hat. Auch die allgeringste Forderung zur Verbesserung unserer Lage muß durch die Organisation erkämpft werden, der Appell an das Menschlichkeitsgefühl der Arbeitgeber wird von diesen nicht im geringsten beachtet werden, das sollten auch die Förderer bald einsehen und sich der Organisation anschließen!

* **Aus Halle a. S.** Obermeister Herbst von hier, sich gern als Vorwand der Gesellen aufspielt, scheint die solche Angst, die ihn überklebt, als er aus einer Gesellenversammlung ausgewiesen wurde, nun wieder abgestüttelt zu haben, denn folgendem Bericht läßt er sein Licht in der „Günther'schen Zeitung“ leuchten:

Vor kurzer Zeit fand hier wieder eine Versammlung statt, in welcher ein gewisser Konrektor A. das Wort ergriff und Gesellen mit Strafgefangenen verglich, ja dieselben noch daruntersetzte. Einer der Gesellen, welcher mit dem Vorhitz sprach, dem Herrn unter dem Namen Bravo der Arbeitsgesellen Alles widerstand und sich voll und ganz auf die Seite der Meister gestellt, ein Hoch auf die halbescheen Bäckerinnung ansgebracht.

Wierzehn Tage darauf hielt unser Obermeister Fr. eine Gesellenversammlung ab; zu derselben waren 80 Gesellen erschienen. Der Obermeister ermahnte die Gesellen, sich von Meisterhänden zu halten, denn die Herren kämen nur, um ihr das Geld aus der Tasche zu Parteizwecken zu lothen. Sollte diesem oder jenem Meister wirklich einmal etwas nicht in die Hand gehen, so genüge eine Eingabe an den Obermeister; würde dann eine Kommission ernannt, die Abhilfe schaffen; dann kämen die Gesellen weiter.

Dann sprach ein hiesiger Arbeitsgeselle und forderte die Kollegen auf, fest zu stehen und sich nicht von den betreffenden Volksbeglückern in's Bodshorn jagen zu lassen. Zugleich forderte derselbe auf, den Innungsmeistern ein St. auszubringen. Vier drei Gesellen blieben sitzen; zwei arbeiteten bei einem Nichtnennungsmitglied, welcher Genosse und von deren Gnade lebt.

* **Aus Nürnberg.** Wenn durch den noch immer bestehenden Maximalarbeitsstag das „ehrliche“ Bäckerhandwerk absolut zu Grunde gerichtet werden soll, so wollen wir

neis mit Song und Klang im steten Festesjubil unser kimmerliches Dasein beschließen", denken die Mürrberger Zünngemeister, und ihr Vergnügungsprogramm lautet: Am 31. Oktober: Familienabend; am 29. Dezember: Christbaumverloojung mit Festspiel; Ende Januar: Ball der Zünnung; am 16. Februar: Karnevalsproduktion der Sängergesellschaft; am 27. März: Stiftungsfest.

*** Unfreiwillige Reklame** für die vom Verband aufzunehmende Statistik machen augenblicklich sämtliche Meisterorgane von der „Wülstler'schen Laute" in Berlin bis zu Herrn Schöfer's „Bäckerei" in München, indem sie des Lauges und Breiten über das Beginnen loszertrennen und als tüchtige Propheten schon heute erklären, daß diese statistische Aufnahme doch nur höchst einseitig und werthlos sein könnte. Wir danken unseren Hosen aufrichtig für diese Aufmerksamkeit, femtamen durch das Bestreben auch Kollegen in entfernt gelegenen Orten durch die ihnen vom Arbeitgeber überreichte Meisterzeitung darauf aufmerksam geworden sind, und schon infolgedessen aus neuen Städten Bestellungen auf Fragebogen eingelaufen sind, wo noch nie eine „Bäcker-Zeitung" vordringen konnte. Dadurch ist die Zahl der Orte, die mit Fragebogen besetzt sind, von 88 auf 95 gestiegen!

*** Aus Holland.** Die Nacharbeit haben, wie die holländische Bäckerzeitung „Bakkers Bondscourant" mittheilt, in der Stadt Soer drei Meister eingestellt, ohne dadurch einen merklichen Schaden in ihren Abnahmeverhältnissen zu haben.

In einer Versammlung der Anteilhaber der Genossenschaftsbäckerei in s'Gravenhage wurde mitgeteilt, daß auch nach Abschaffung der Nacharbeit der Brotumsatz ein befriedigender ist, so daß kein Grund vorliegt, die Abschaffung der Nacharbeit wieder anzuhängen. Die verschiedenen Gesellenvereinigungen hatten in derselben Angelegenheit für Sonntag, den 3. Oktober, eine Versammlung einberufen und zu derselben 73 Meister eingeladen, von denen aber nicht einer erschien. Es wurde beschlossen, daß vom 17. Januar 1898 an die Nacharbeit verweigert wird, um hierdurch die Abschaffung derselben zu erzwingen. Nun prahlen die Organe der dortigen Meister damit, daß im Falle diese Drohung erfüllt wird, sie Streikbrecher in Deutschland anwerben würden und 200 deutsche Kollegen schon bereit ständen, um auf das erste Zeichen sofort nach s'Gravenhage zu kommen und ihren streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Hier ist natürlich kein wahres Wort daran und wird dies wohl nur ein frommer Wunsch der niederländischen Bäckermeister bleiben, denn wir glauben nicht, daß sich in Deutschland noch Kollegen in dieser Zahl finden werden, die zum Verräther an ihrer eigenen Sache werden. Unsere Pflicht wird es sein, sobald dort der Kampf zum Ausbruch kommt, die Streikenden energisch zu unterstützen, handelt es sich doch um die Durchführung einer Forderung, die schließlich, wenn wir nicht ewig zum Sklaventhum der Nacharbeit verdammt sein wollen, auch bei uns einmal durchgekämpft und erzwungen werden muß.

In Utrecht macht sich ebenfalls eine große Bewegung zur Abschaffung der Nacharbeit geltend. Die Bäckerorgane werden in dieser Hinsicht von einflussreichen und angesehenen Bürgern der Stadt unterstützt. Auch ein Comité von Damen hat sich gebildet, welches die Bestrebungen der Gesellen fördert.

*** Die Bäckerarbeiter von Meran (Tirol)** haben beschlossen, sich die für den Erntepflichttag angeordnete Lohnreduktion nicht gefallen zu lassen. Versuchen die Meister, bei Einführung des Ruhetages eine Verkürzung des Lohnes vorzunehmen, dann dürfte es von Neuem zum Streik kommen.

*** Der Bäckerstreik in Madrid** dehnt sich auch auf sämtliche Brotverkäufer aus; ferner streiken 1000 von den vorhandenen 2500 Bäckern in 90 von 214 Brotfabriken. Die Regierung und der Magistrat entsandten Hülfarbeiter; trotzdem fehlte wiederholt Brot. Die umliegenden Dörfer, die um Brotstellungen angegangen wurden, haben theils ablehnend geantwortet, da die dortigen Bäcker sich weigern, für Madrid Brot zu backen. Viele Fabrikanten sind geneigt, die Forderung der Arbeiter zu erfüllen, dagegen weigern sich alle, die Provision für die Brotverkäufer zu erhöhen. Die Streikmittel sind gering. Andres Paz, der Hauptführer der Streikenden, hat vergeblich die Gastwirthe gebeten, die Arbeiter auf Borg zu speisen. Bis jetzt herrscht Ruhe, doch werden ernste Unruhen befürchtet.

Versammlungen.

Elberfeld. In einer am Sonntag, den 17. v. M., in der Restauration Döhnen stattgefundenen, verhältnismäßig gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Kollege Götze in längeren Ausführungen über: „Unsere Organisation und ihre Gegner". Redner giebt zunächst einen Ueberblick über die Organisation des Verbandes und bedeutet dann, daß als Gegner dieser Organisation vornehmlich nur die ebenfalls in sogenannten Zünnungen organisierten Arbeitgeber sich als die energiegeltesten Gegner geberdeten und als solche auch zu betrachten seien. Nachdem Götze für seine Behauptungen verschiedene Beispiele in's Feld geführt, schildert er recht anschaulich die elende Kampfesweise der hiesigen Zünnung. Nachdem er (Redner) auf dem Kongreß zu Gera das inoffizielle Zweiden genügend gebraucht habe, habe sich die Zünnung dem herbeigelassen, in einer am 3. August dieses Jahres stattgefundenen öffentlichen Versammlung den Entwurf eines Arbeitsnachweises vorzulegen, der dann nach einigen Aenderungen von der Versammlung akzeptiert worden sei. Als man nun zur Wahl der seitens der Gehülften zu stellenden Kommission von drei Mann geschritten sei und einige Mitglieder des Verbandes vorgeschlagen seien, da habe sich die Zünnung in ihrem wahren Vichte gezeigt, indem sie eben die Vorgesetzten unter den erbärmlichsten Vorwänden fernzuhalten versuchte oder sie einfach ignorierte. Der Kollege Hötner, auf den er seinerzeit auch Hoffnungen gesetzt habe, habe sich nun in die Kommission wählen lassen; bald darauf sei er jedoch stillschweigend abgereist, worauf er sich in der letzten Zeit dann an den 20 Mann starken Gesellen- (Vergnügungs-) Verein gewandt hat und dort im intimsten Kreise eine Neuwahl vornehmen ließ. Die anderen, noch ungefähr 200, in Elberfeld Ansässigen also einfach ignoriert habe. Nachdem Redner nun noch die unläutere, versteckte Kampfesweise der Zünnung an den Branger gestellt hatte, appellirte er an die Anwesenden, energisch gegen die unläutere Kampfesweise der Zünnung Front zu machen, und zwar am wirksamsten und nachdrücklichsten durch den Beitritt zum Verband. In der Diskussion wurde ebenfalls, besonders von dem Kollegen Göl, das Vorgehen der Zünnung in Sachen des Arbeitsnachweises gebührend geißelt. Auf die gestellte Frage, warum die Herren vom Ausschuß denn heute nicht erschienen seien, antwortete ein anwesendes Mitglied des Vergnügungs-Vereins, weil die Tagesordnung nicht öffentlich bekannt gegeben sei, hätten die Kommissionsmitglieder beschlossen, nicht theilzunehmen. Götze erwiderte, daß man absichtlich die Tagesordnung nicht veröffentlicht habe, weil sich sonst die Herren vom Ausschuß erst recht gedückt haben würden. In

einer längeren Resolution wurde das Rejume der Ausführungen niedergelegt und die Zünnung aufgefordert, in kürzester Zeit eine öffentliche Versammlung anzuberäumen und die Neuwahl des Gehülftenausschusses vorzunehmen, da die jetzigen Mandatsinhaber als Vertreter der berechtigten Interessen nicht anzuerkennen seien. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einigen wenig bemerkenswerthen Aeußerungen wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Steier gegen 8 1/2 Uhr geschlossen.

Hamburg. Am 7. Oktober fand hier in der „Harmoniahalle" eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt. Da der angesagte Referent, Reichstagsabgeordneter A. Bebel, noch nicht zugegen war, wurde der erste Punkt der Tagesordnung vorweggenommen und referirte Kollege Allmann über die Verschmelzung der hiesigen Grob- und Weißbäckerei zu einer Zünnung und unsere Stellenvermittlung in Zukunft. Redner schickte seinen Ausführungen voraus, daß es ihm wie jedem Kollegen nur lieb sein könnte, wenn wir in Zukunft bei einer Bewegung, anstatt wie bisher mit zwei Feinden, nur dann mit einem Feind einer gemeinsamen Zünnung, zu kämpfen hätten; würde doch dadurch auch ein immer festerer Zusammenhalt zwischen den Gesellen geschaffen, die dann Alle nur gemeinsame Interessen und gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen hätten. Wegen was wir aber bei der Verschmelzung zu kämpfen hätten, sei die geplante Verschlechterung nicht nur des Arbeitsnachweises, sondern der ganzen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Grobbäckergesellen. Bisher hätten diese es verstanden, ihre Löhne und Arbeitsverhältnisse durch stillschweigende Sperre über die schlechtesten Werkstätten immer noch einigermaßen den Verhältnissen entsprechend zu halten, auch seien in den letzten Jahren keine oder doch wenige Beschwerden über die Arbeitsvermittlung der Grobbäcker laut geworden. Das sollte jetzt anders werden, denn die beiden Arbeitsnachweise sollten in einem Topf geworfen und zum Schaden der Allgemeinheit nicht verbessert, sondern verschlechtert werden. Redner giebt ein ausführliches Bild der Entwicklung der Verhältnisse unseres Berufes hier in Hamburg bis zum Jahre 1896, wo wir, Weißbäcker und Grobbäcker zugleich, die Forderung auf Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Arbeitgebers an die Zünnung stellten, und zeigt, wie doch wesentlich die Zünnung der Grobbäcker uns gegenüber anders auftrat als die Weißbäckerei. Alle diese Anlässe seien natürlich für Herrn Binkmann und Genossen Grund genug, nichts schärfer zu wünschen, als die Verschmelzung beider Zünnungen. Redner bespricht noch den Plan einer Zünnungskasse und ermahnt die Kollegen, um auch im Kassenwesen endlich einmal Einheit zu schaffen und sich der Zentralkasse anzuschließen, wollten wir uns nicht hierin durch die Zünnung überrumpeln und noch mehr unter ihre Vormundschaft stellen lassen. Sodann streift er die Bestrebungen der Kollegen in Bremen und Lübeck auf Gründung eigener Arbeitsnachweise, und betont, daß es auch an der Zeit sei, sich in Hamburg von den Zünnungseffeln loszumachen, welches aber nur in Gemeinschaft mit der Forderung „Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber" zu geschehen habe. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige, von der übergroßen Mehrzahl der hier beschäftigten Bäckerorgane besuchte Versammlung erklärt es für eine Schmach, daß unsere Arbeitsvermittlung noch vollständig in den Händen der Arbeitgeber liegt und jeden Einfluß der Gesellen auf dieselbe ausschließt. Die Versammlung protestirt energisch gegen das Gebahren der hiesigen Zünnungen, die Gesellen von der Verwahrung des Sprecheworts auch ferner ausschließen zu wollen, und verspricht, durch massenhaften Beitritt der Kollegen zu der bestehenden Organisation (Mitgliedschaft Hamburg des Deutschen Bäckerverbandes), dieselbe so zu stärken, daß es uns dadurch möglich wird, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Regelung und Verwaltung unserer Arbeitsvermittlung selbstständig übernehmen zu können." Nun erhielt der Reichstagsabgeordnete A. Bebel, von der Versammlung stürmisch begrüßt und während seiner Rede öfters von Beifall unterbrochen, das Wort über: „Die wirtschaftliche Lage der Bäckerarbeiter und die Bäckerjahrgangsgehung." Redner belehrte durch seine packenden Ausführungen die Anwesenden darüber, daß er in der That die Verhältnisse in der Bäckerei kennt, und besprach zunächst die im Jahre 1889 von ihm herausgegebene Statistik über die Verhältnisse in den Bäckereien. Ausführlicher Bericht der Rede kann Platzmangel wegen nicht gegeben werden. Er führt sodann die Bäckerjahrgangsgehung aller Staaten den Kollegen vor und kommt sodann auf den deutschen Arbeitertribunal zu sprechen, bemerkend, daß früher das Haupthinderniß gesunden Arbeiterlohnes in Deutschland Bismarck gewesen sei; kommt sodann auf die Februarverträge des Jahres 1890 zu sprechen, erläutert die regierungsmäßige Enquete über die Bäckereien und die Verhandlungen vor der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik, die Bodprinzipale und lauten Anreden der Meistervertreter besonders hervorhebend. Daran anschließend, zeigt Redner an der Hand statistischen Materials, wie in Australien (Victoria), wo für Bäckereien der Achtstundentag eingeführt ist, die Arbeitslöhne innerhalb 6 Monate nach Einführung der Achtstundentagsarbeit von 22 Schilling pro Woche auf 40 Schilling stiegen und heute durchschnittlich auf 50 Schilling erhöht sind, trotzdem aber das Brot noch keinen Cent theurer geworden ist. Also die Preise der Meister, daß bei kürzerer Arbeitszeit auch niedrigere Löhne gezahlt würden, oder der Preis der Backwaren steigen müßte, sei leeres Geschwätz. Redner geißelt noch die mangelhafte Fabrikinspektion in Deutschland, insbes. in Preußen, und kommt auf die Bestrebungen der Kollegen in Holland, die Nacharbeit abzuschaffen, zu sprechen, hervorhebend, daß nur durch Stärkung der Organisation die Regierung weiter auf dem Gebiete des Arbeiterlohnes gedrängt werden könne, und die organisierten Arbeiter die Pflicht hätten, die Durchführung des Arbeiterlohnes zu erzwingen. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren und zu bilden, nur dadurch könne die Macht der Reaktion auf allen Gebieten gebrochen werden. Reichler Beifall lobte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Eine Resolution im Sinne des Referats, welche der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages für ihr wüthames Eintreten betreffs des Maximalarbeitstages Dank abstattete, fand einstimmige Annahme. Allmann kritisirte die Freigebigkeit der Zünnungselbsten, die sonst bei jeder Gelegenheit behaupten, Bebel's Broschüre sei nur Lüge und Verleumdung, aber heute nicht erschienen sind, um Bebel zur Verantwortung zu ziehen, und forderte die wenigen anwesenden Meister auf, sich in dieser Sache zum Wort zu melden; aber auch diese zichen es vor, sich zu ducken und still zu verduiten. In seinem Schlußwort hebt Bebel hervor, daß er nicht auf den Brief der hiesigen Zünnung (betreffend Nennung der Hamburger Bäckereien mit Uebelständen) geantwortet hat, um jenen Herren nicht die Handhabe zur Maßregelung von Gesellen zu geben.

In der Mitglieder-Versammlung am 14. Oktober hielt zunächst Kollege Allmann einen Vortrag über die Bremer, Klostener, Lübecker und Leipziger Vorgänge unter unseren

dortigen Kollegen und forderte die Mitglieder um rege Unterstützung der Kämpfenden auf. Den Anzeigerbericht erstattete Diegner. Bittkamp stellte den Antrag, in der nächsten Versammlung die Marken und Karten über die Beitragsleistung zur Deckung der Schulden vom Hafenarbeiterstreik der einzelnen Mitglieder zu kontrollieren, um feststellen zu können, wie viele Marken jedes einzelne Mitglied entnommen hat. Der Antrag ward mit einem Zusatzantrag von Kreisler, nachher den Beifall der Summe auf Sammellisten einzutreiben, gegen zwei Stimmen angenommen. Allmann berichtete, daß die Mitgliedschaft München Arbeitslofenunterstützung eingeführt habe und meint, es würde dies eine gute Grundlage für uns werden. Wenn sich dieselbe bewährt, würde man auf der nächsten Generalversammlung hierzu Stellung nehmen können. Den Bericht vom Festcomité erstattete Steffen. Der Verbandsball findet am 10. November bei Tütze statt. Diegner verliest dann die Abrechnung, welche genehmigt wird. Dann wird beschlossen, die nächste Mitglieder-versammlung am 4. November stattfinden zu lassen, und am 18. November wieder die öffentlichen Bezirksversammlungen abzuhalten, nur soll das Lokal von Nieling, Zeughausmarkt, wegfallen. Jasch fragt an, ob man vom Verbands aus die auswärtigen Mühlen, welche nach Hamburg ihr Brot liefern und ihre Arbeiter schlecht bezahlen, zwingen könnte, bessere Löhne zu bezahlen. Allmann erklärt, die Kollegen sollten nur in den Verband eintreten, dann ließe sich wohl etwas machen, sonst wäre das schlecht angängig.

— Mitgliederversammlung am 4. November bei Pfabe, Hohe Bleichen. Tagesordnung: Handwerkerfrage, Statistik, Kartellbericht, Verschiedenes. Kollege Allmann führt aus, daß nach 95 Städten Fragebogen zur Statistik versandt seien und daß bereits die Meister in Angst sind, denn dieses geben sie klar zu erkennen in ihren Organen, in welchen sie in ein wüthendes Geheul ausbrechen, aber dennoch den Wunsch äußern, man möge doch die Statistik unterlassen, und sie wenden sich in ihrer Angst an die „ordnungsliebenden" und meisterfreundlichen Gesellen. Redner meint, daß die Herren Arbeitgeber dadurch bloß Reklame machen für uns, denn aus Städten, wo die Kollegen sonst höchstens 'mal das Meisterorgan zu Gesicht bekämen, hätte man sich an ihn gewandt betreffs Ueberfendung von Fragebögen. Wir müßten dafür sorgen, daß ein vollständiges Material zusammengetragen würde über die Zustände, unter denen wir arbeiten müssen. Ebenfalls über Löhne, Kost, Logis, Arbeitszeit und sonstige Uebelstände, besonders möchte man die Raumverhältnisse der Arbeits- und Schlafräume ausmessen, nicht etwa abschätzen. Was die Lehrlingszücherei anbetreffe, so möchte man nur feststellen, aus welchen Landestheilen dieselben her sind; denn es sei ja allgemein bekannt, daß dieselben aus den ärmeren Gegenden, von Sachsen, Böhmen usw. importirt würden, um so willenlose Ausbeutungsobjekte zu haben. Was den Fragebogen betreffend die Arbeitslosen, angeht, so soll derselbe zurückgehalten werden bis zum 6. Januar, an welchem Tage man die arbeitslosen Kollegen nach den verschiedenen Verkehrslokalen hin bestellen sollte, wo dann von Vorstandsmitgliedern die Zahl derselben festgestellt werden müßte. Die Statistik müßte eine in jeder Beziehung missergütige sein, damit dieselbe in keiner Weise angefochten werden könnte. Alsdann wurde beschlossen, die Bezirksversammlungen am 25. November stattfinden zu lassen. Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter Begier über „Arbeiterorganisation" und erntete reichen Beifall.

Lüneburg. Am Donnerstag, den 21. Oktober, Nachmitt. 4 1/2 Uhr, fand in der Lambert-Dierhalle eine Versammlung der Bäcker Lüneburgs statt. Nachdem dieselbe vom Kollegen Klisch eröffnet war, wurde ein Bureau gewählt: Klisch, Vorsitzender, Schneider, Schriftführer. Hierauf wurde Schnell das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Verhältnisse hier am Orte und der Maximalarbeitsstag", ertheilt. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in leicht faßlicher Weise und zeigte an verschiedenen Beispielen, in welcher Lage die Bäcker sich anderen Arbeitern gegenüber befinden, und daß hierin nur Wandel geschaffen werde, wenn alle Kollegen der Organisation beitreten. Redner führte dann noch weiter aus, wie der Reichstagsabgeordnete A. Bebel durch Versendung von Fragebogen an die Kollegen in allen größeren Städten Deutschlands die Zustände in den Bäckereien aufgedeckt, und daß das Rejultat dieser Fragebogen, in Broschürenform veröffentlicht, bei allen nicht dem Bäckerhandwerk angehörenden Ständen berechtigtes Aufsehen hervorrief. Diese Ergebnisse wurden aber von den Herren Bäckermeistern als Lüge und als im höchsten Grade übertrieben hingestellt. Als dann im Jahre 1890 die Februarverträge kamen, deren Ergebnis jedenfalls die Kommission im Reichstage für Arbeiterstatistik war, wurde auf Trängen der organisierten Kollegen eine Erhebung im Bäckerhandwerk vorgenommen, zu der in verschiedenen Orten Meister und Gesellen als Auskunftspersonen befragt wurden. Dadurch gelangte die Kommission, ja selbst die Regierungsbereiter, zu der Ansicht, daß wegen der schrankenlosen Ausbeutung die Arbeitszeit auf zwölf Stunden gelehrt zu normieren sei. Von Seiten der Zünngemeister wurde dann Sturm geblasen, indem Petitionen der Meister, die dann von ihren Gesellen gewissermaßen „erzwungen" unterzeichnet wurden, an den Reichstag gelangt wurden, wo dann auch die Forderung die Wiederaufhebung der Bundesrats-Vergütung beantragten, was aber von den Vertretern der Arbeiter gebührend zurückgewiesen wurde. Trotzdem wir nun den Maximalarbeitsstag haben, werde doch an vielen Orten die Arbeitszeit überschritten, auch hier in Lüneburg bei einigen Meistern. Kollege Schnell streifte dann die Schlaf- und Wohnräume, wie viel da noch zu wünschen übrig bleibe, die mitunter für alles Andere, nur nicht um Menschen zu beherbergen geeignet seien, und schloß mit den Worten: So wie die Meister verstanden haben, sich in ihrem Germaniaverband zu vereinigen, müßten die Kollegen dasselbe thun und sich Alle der Organisation anschließen. (Beifall.) In der Diskussion schilderte ein Kollege, wie es ihm früher ergangen, und daß es das Loos so mancher Kollegen sei, wenn er älter werde, Fabrik- oder sonst welcher Arbeiter zu werden. Da meldete sich ein anderer Kollege zum Wort und sagte: „Ich bin Geselle und halte zum Meister, und so wird es bleiben!" Dann verließ er ungerührt das Lokal und forderte die übrigen Kollegen auf, ihm zu folgen. Im „Verhältnissen" wurde angefragt, ob gegen die Bäckereien, die länger arbeiten, etwas geschehen soll? Es wurde, wenn möglich, Kohle verprochen. Die Kollegen, die länger arbeiten müssen, seien selbst zu bange, vorzugehen, weil sie dann entlassen würden; darum verweigern sie lieber dem revidierenden Beamten die Wahrheit. Erwähnt wurde noch, die Pflicht dem Gewerkschaftskartell gegenüber besser zu erfüllen.

Kloster. Am Mittwoch, den 13. Oktober, fand im Lokale des Herrn Lüneburg eine öffentliche Bäckerversammlung statt zu der Kollege Allmann aus Hamburg als Referent erschienen war. Derselbe entrollte ein Bild von der Bäckerei seit dem Alterthum bis in die Jetztzeit. Er führte aus, daß die Bäckerei

mit das älteste Handwerk ist, daß sich aber die Arbeitsteilung mit Hilfe von Maschinen, wie sie in anderen Gewerkschaften schon längst Eingang gefunden hat, in der Bäckerei erst in der Neuzeit bemerkbar machte. Sobald das Kapital mit Hilfe von Maschinen in die Bäckerei eingreift, ist es den meisten Gesellen unmöglich gemacht, sie selbstständig zu werden. Dies muß doch Jedem klar vor Augen liegen, denn da, wo ein Großbetrieb errichtet wird, kann er doch nur existieren, wenn es ihm möglich ist, verschiedene Kleinbetriebe aufzulösen, und es deshalb Pflicht eines jeden Arbeiters, wenn er seine Lage verbessern will, sich zu organisieren, weil er nur dann hoffen kann, seine Familie durch seine Arbeit ernähren zu können. Hieraus kam Redner auf die Erfolge der Organisation in verschiedenen Ländern zu sprechen. Er führte an, daß die Bäcker in einzelnen Ländern durch die Organisation ihre Lage erheblich verbessert haben. In England ist z. B. in England den zehnjährigen, in Irland den achttjährigen, in Dänemark, wo 75 v. H. der Bäcker organisiert sind, haben die Gesellen, ohne zu streiken, ihre Forderungen bewilligt bekommen. Als Forderungen hatten sie gestellt: Einen Minimallohn für den letzten Gesellen von 22 Kronen, für den dritten 24 Kronen, für den zweiten 27 Kronen und für den ersten 30 Kronen die Woche. Das ist doch der höchste Lohn, daß durch eine gute Organisation eine bessere Lage geschaffen werden kann. Hieraus kam Redner auf die Verhältnisse in Ostpreußen zu sprechen und führte an, wenn hier am Orte eine gute Organisation gewesen, so hätte der unheimliche Hunger, der vorjährige Winter einen ganz anderen Verlauf genommen. Auch verurteilte Redner scharf das schroffe Vorgehen der Zununger in Bremen und Lübeck. Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen in Bremen und Lübeck hierauf wohl die gebührende Antwort geben werden. Er machte es den Kollegen Koldas zur Pflicht, im Falle es in diesen beiden Städten zum Streit kommen sollte, den Zuzug nach dort hin zu vermeiden. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen W. L. S., Schulz und Kienappel. Sie tadelten das hiesige Sprechtreiben (die Arbeitsnachweise der Zununger) und bemängelten namentlich die Unruhe, daß der Sprechtote Brunnemann kein Geld annimmt; dadurch fühle sich mancher Kollege, der momentan ohne Mittel ist, natürlich sehr benachteiligt. Außerdem wurden noch etliche Mißstände in einzelnen Bäckereien gerügt, auch ähnelten sich die Bruderschaftsgesellen über die Wörter „Zunungsschwärmer“ und „Speichellecker der Zunung“, womit sie Kollege Almann in unserem Organ bezeichnet hatte, beleidigt. Hieraus richtete Kollege Aufbaum an die Anwesenden noch einige Worte des Dankes, weil sich betreffs der Arbeitsniederlegung in der hiesigen Bäckerei aus Koldas keine Arbeitswilligen gefunden haben; er erwartete, daß die hiesigen Kollegen betreffs der Bremer und Lübecker Angelegenheit dasselbe thun, und verlas deshalb folgende Resolution: „Die Versammlung spricht den im Kampfe stehenden Kollegen in Bremen und Lübeck ihre Sympathie aus und erklärt, daß in diesen beiden Städten fern gehalten wird.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. In seinem Schlußwort gab der Referent den beleidigten Bruderschaftsgesellen die gebührende Antwort. Er führte an, daß er für diejenigen Kollegen, welche durch eigene Unterschrift das vom Staate jedem Arbeiter erlaubte „freie Vereinigungsrecht“ preisgeben, keine andere Bezeichnung habe. Hieraus erwähnte Redner nochmals die Anwesenden, dem Verbands der Bäcker beizutreten, nur dadurch können die Mißstände hier in Koldas beseitigt werden — In der am 17. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden drei Mitglieder neu aufgenommen und Kollege Aufbaum zum Delegierten für das Gewerkschaftskartell gewählt.

Stettin. Am Dienstag, den 19. Oktober, tagte eine öffentliche Bäckerverammlung im Sueder'schen Lokale. Obgleich Stettin und die Umgebung mit Flugblättern belegt worden ist, hatte es denn doch nur ein geringer Teil von Kollegen für nötig erachtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es waren circa 100 Kollegen anwesend. Kollege Baskin-Berlin referierte über: „Der Kampf um den Maximalarbeitstag und was steht uns bevor?“ Referent zeigte den Anwesenden an der Hand der Statistik, daß die Schutzbestimmungen der Arbeiter in anderen Ländern schon viel eher Platz gefunden hätten als in Deutschland. Referent erwähnte auch, daß schon April März 1869 sich um die elende Lage der Bäckergesellen gekümmert hat, was so weit Erfolg hatte, daß 1871 schon in England die Nachtarbeit für Leute unter 18 Jahren abgeschafft wurde. Kollege B. hob ferner hervor, daß die Bundesratsverordnung heute noch nicht so revidiert wird, wie es eigentlich der Fall sein müßte. Einem großen Theil der Kollegen sei die Schuld leicht zu umessen, indem sich die Kollegen Deutschlands noch nicht genügt fühlten, sich zu organisieren. Referent kam zu sprechen auf die Protestresolutionen, die seitens der Bäckermeister gegen den Maximalarbeitstag anhängen. Ferner führte er an, wie von Seiten der Behörde die Kontrolle ausgeübt wird. Referent machte auch in seinem Vortrage die angelegliche Harmonie zwischen Meister und Gesellen, sowie verschiedene andere Mißstände, die sich heute in dem goldenen Bäckershandwerk noch befinden. In flammenden Worten forderte der Referent die Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, um so sich bessere Rechte zu erkämpfen; er schloß mit den Tüchtern Worten: „Ein nützliches Glied im Reichthumsgeschlecht, das ist und bleibt der Bäcker mit Recht“ usw. Folgender Beifall belohnte den Redner in seiner 1 1/2 stündigen Vortrag. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe nebst einer Delegation an den Bundesrat des Deutschen Reiches gelangen zu lassen: „Die heutige Versammlung der Bäcker von Stettin und Umgebung protestirt auf das Entschiedenste gegen die inoffiziell betriebene Agitation, sowie gegen das ganze Vorgehen der in den Zununger organisierten Bäckermeister für die Aufhebung des Maximalarbeitstages in unserem Gewerbe. Die Versammlung hat der vollen Ueberzeugung, daß durch die best. Verordnung des Bundesrats vom 4. März 1896 das Bäckershandwerk nicht im geringsten geschädigt wird, sondern im Gegentheil einen wohlthätigen Einfluß auf die fortpflanzliche und geistige Entwicklung der Gesellen und Lehrlinge zur Folge hat.“ Dem Handwerk zum Nutzen gereichen kann. Auf die von den Kollegen der Bäckergesellen von Stettin und Umgebung an den hiesigen Bundesrat, von der Zurückziehung, auch von der Aufhebung der Verordnung vom 4. März 1896 abgesehen, zu nehmen, da jede Veränderung der bis jetzt in's Feld gesetzten Maßregeln zu einer Verschlechterung und so zum Nachtheil der Gesellen und Lehrlinge führen würde. Die Referent hat ferner die Meinung, daß eine stärkere, sachmännliche Kontrolle einzuführen ist, und ersucht deshalb einen hohen Bundesrat, darauf hinzuwirken, daß den kontrollierenden Behörden tüchtige, unabhängige Sachverständige zur Seite gestellt werden, welche an den

Revisionen mit theilzunehmen haben. Nur auf diesem Wege verspricht sich die Versammlung eine wirklich praktische Revision und eine wirkliche Durchführung der Bundesrats-Verordnung. Weiter beantragte die Versammlung das Bureau, die Resolution nebst einer Begründung dem Hohen Bundesrat des Deutschen Reiches einzuhändigen.“ Inzwischen hatten sich ein paar Bäckermeister eingemündet; selbstverständlich war Herr Kede auch dabei. Die Herren hatten aber Kuffstung im Garten genommen, um wahrscheinlich von hier aus die getreuen oder ungetreuen Schäflein besser beobachten zu können. Einige Kollegen, die noch eilige Besuche in der Diskussion anfühlten, wurden vom Vorsitzenden, sowie vom Referenten eines Anderen befehligt, ihren Kollegen ließen sich noch in den Verband aufnehmen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Puzynski in kurzen Worten über die Ueberwachungskommission und beklagte sich darüber, daß seine anderen beiden Kollegen ihn hätten allein dem Kampffeld zurückgelassen. P. zeigte den Anwesenden die Uebertretungen gegen den Maximalarbeitstag seitens verschiedener Bäckermeister. Es sei unsere ganz besondere Pflicht, hiergegen anzukämpfen. Mit einem Hoch auf die Bäckerbewegung schloß die schöne Versammlung.

Polizeiliches und Gerichtliches.

* **Aus Höchst a. M.** In einer der vorhergehenden Nummern berichteten wir, daß der überwachende Beamte aus unserer Mitgliederversammlung zwei Kollegen ausweist, weil sie noch nicht 17 Jahre alt seien. Jetzt haben diese beiden Kollegen je einen Strafbefehl über M. 3 erhalten wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung, die Leuten unter 17 Jahren den Aufenthalt in Wirtschaften verbietet. Gerichtliche Entscheidung ist rechtzeitig beantragt und wird dadurch wohl die Unhaltbarkeit dieses polizeilichen Vorgehens festgestellt werden. Aber auch der Vorsitzende der Mitgliedschaft erhielt einen Strafbefehl, auf M. 15 lautend, weil er angeblich den einen dieser beiden Kollegen in den Verband aufgenommen und nicht bei der Polizeibehörde rechtzeitig als Mitglied angemeldet habe. Auch gegen diesen Strafbefehl ist richterliche Entscheidung beantragt, denn dieser Kollege war, als dem Vorsitzenden der Strafbefehl überbracht wurde, noch gornicht als Mitglied aufgenommen, da sich der Vorstand der Mitgliedschaft erst bei der Hauptverwaltung erkundigte, ob er berechtigt sei, Kollegen unter 17 Jahren als Mitglieder aufzunehmen, und wie er sich in diesem besonderen Falle zu stellen habe, ob die Aufnahme des Kollegen vollzogen werden könne oder nicht. Auch in diesem Falle dürfte die eifrige Hermandad mit ihrem Strafbefehl glänzend abblitzen.

* **Aus Leipzig.** „Strengste Strafe Demjenigen, der Andere an freiwilliger Arbeit hindert!“ So dachte jedenfalls die hiesige Polizei, denn als der Kollege Wreemann auf einer Versammlung die famose Handlungsweise von fünf auch-Kollegen in der Genossenschaftsbäckerei (welche erst sich mit den übrigen Kollegen solidarisch erklärten, um dann, als die Geschäftsleitung am 3. Oktober sämtliche Arbeiter entließ, sofort wieder um Arbeit zu betteln und so zum Verräther an ihrer eigenen Sache wurden) ernstlich rügte, entzog ihm der überwachende Beamte das Wort. Kurze Zeit darauf wurden diese fünf von einem Beamten gefragt, ob sie nicht willens wären, Strafantrag wegen Beleidigung gegen Kollegen Wreemann zu stellen, um hierdurch ihre ramponierte Ehre wieder herzustellen, worauf auch drei davon nichts Eiligeres zu thun wußten, als den Strafantrag zu unterschreiben! Für diese drei Leuten muß es doch ein herrliches Gefühl sein, wenn sie das Bewußtsein haben, eines der tüchtigsten Verbandsmitglieder, das noch keine Mühe und Arbeit gescheut hat, für die Interessen der Allgemeinheit einzutreten, einem solchen Manne für seine aufopfernde Thätigkeit im Interesse seiner Kollegen Gerichtsverehrungen zu verschaffen und womöglich zu einer Strafe zu verurtheilen! Diese drei von Arbeitswilligkeit strotzenden Männer werden noch heute in der Genossenschaftsbäckerei, einem von der Arbeiterschaft gegründeten Unternehmer, beschäftigt!!!

* **Aus Hamburg.** Kollege Diecker hat am 1. November die ihm wegen Beleidigung einiger Zentennarren zuerkannte zweimonatliche Gefängnisstrafe angetreten. Er muß somit das alte Jahr 1897 hinter schwedischen Gardinen abschließen.

* **Aus Wandsbek.** Gegen das Mitglied Philipp ist eine Unternehmung wegen angeblicher Polizeibeleidigung veranlaßt worden. Derselbe kritisierte in der Mitgliederversammlung vom 21. Oktober das Vorgehen der Polizei, wenn es gilt, bäckereimeisterliche Uebertretungen des Maximalarbeitstages festzustellen, und verglich damit das eifrige, schnelle Einschreiten der Behörden gegen streikende Arbeiter, wie man es jeden Tag erleben könne. Dadurch sollte er die empfindliche Hermandad beleidigt haben.

Verbands-Nachrichten.

Die Vorstände der Mitgliedschaften, sowie die Vertrauensleute, werden dringend ersucht, baldigst mit den Sammellisten (für streikende Kollegen) abzurechnen, damit die Abrechnung hierüber aufgestellt werden kann. Einzelne Zahlstellen haben sich bisher noch nicht veranlaßt gefühlt, mit den Kongress-Protokollen abzurechnen, was auf's Schärfste zu tadeln ist. Wir ersuchen nochmals dringend um promptere Regelung aller Kassenangelegenheiten mit der Hauptkasse.

Die Verwaltungen der Zahlstellen werden auf § 6 Absatz 3 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach Mitglieder ausländischer Bruderorganisationen, welche hier um Beitritt in unseren Verband nachsuchen und ihren Verpflichtungen ihrer bisherigen Organisation gegenüber nachgekommen sind, unentgeltlich mit vollen Rechten in den Verband aufgenommen werden.

Der Uebertretungsvermerk muß auf der vorderen Seite des Mitgliedsbuches angebracht werden. In solchen Fällen sind die bisherigen Legitimationen der Angehörigkeit zu einem Verbands einzuziehen und am Jahresschluß dem Verbandsvorsitzenden zu überreichen, von welchem solche Bücher mit unseren außerdeutschen Vereinen ausgetauscht werden.

Adressen-Verzeichniß der ausländischen Bruderverbände und Fachblätter.

- a) **Vorsitzende.**
 A. C. Jensen, Birkets Allé 5, III., Kopenhagen L.
 Karl Kristensen, Næstvedvej 52, Christiania.
 Anders Sjøsted, Stampgade 54, Odense.
 J. Toboła, Wien XVI., 2, Berchtholdgasse 8.
 D. Weismann, Newyork-Brooklyn, 5, Dourumstreet.
 b) **Fachblätter.**
 „Medlemsblad for Bagerens Forbund i Danmark.“
 „Bagerforbunds-Blad i Norge.“
 „Bageriarbetarens Organ for Svenska.“
 „Der Zeitgeist“, Organ für die Interessen der Lebensmittelindustrie-Arbeiter in Oesterreich.
 „De Bakker-Journal“ in Amerika.
 „De Bakkersbode“, Organ von den Niederländischen Bakkergezellenbond, den Haag, Koningstreet 555.
 Der Verbands-Vorstand

Quittung.

Im Monat Oktober gingen folgende Beiträge bei Hauptkasse des Verbandes ein:

- a) **Beiträge von Mitgl. dschaften und Zahlstellen.**
 Frankfurt M. 77,25, Plauen 6, Hannover 12,50, Kiel 16,50, Altona 17, Rixdorf 5,50, Steglitz 14,50, Cöpenick 2,50, Potsdam 2, Dresden 28,12, Harburg 13, Neumünster 2,90, Sigm. 11,58, Pöschappel 11,50, Höchst 14, Lüneburg 4,50, Wilhelmshaven 19, Hamburg 56.
 b) **Von Einzelmitgliedern der Hauptkasse.**
 L. W. Ludwigsb. M. —,80, H. G. Habersleben 1,30, H. S. Sandtühle 1,60, B. S. Bonn 2,40, E. S. Zwickau 3,20, U. M. Breslau 1,30, H. S. Zwickau 2,90, E. S. Schenditz 2,90, E. T. 2,90, D. G. 2,40, D. J. Forst 1,30.
 c) **Abonnements und Annoncen.**
 F. S. Berlin M. 4,80, E. S. 1,20, R. S. 1,20, E. C. Hamburg 2,40, U. R. 2,40, F. S. 2,40, G. R. 7,20, F. R. 2,40, J. B. 2,40, E. S. 3,60, U. R. Harburg 3,60, E. A. Mainz 1,20, R. B. Dresden 16,95, U. R. Offenbach 2,40, J. W. Forstnerieb 2,40, U. R. Salzburg 1,20, E. R. Altona 3,90, Mitgliedschaft Altona 9,90, Grobbäcker Hamburg 4,50, Teutonia 5,40, F. S. Kiel —,75, Krankenkasse Harburg 2,55.
 d) **Kongressprotokolle.**
 W. R. Hannover M. 4, E. D. Hamburg 9,04, D. L. Harburg 6, J. S. Kiel 1,50.
 e) **Auf Sammelisten zur Streikunterstützung.**
 W. S. Altona M. 8,80, J. S. Frankfurt 28,15, E. D. Hamburg 48,15, D. L. Harburg 14,40, E. L. Höchst 18, J. S. Kiel 44,45, B. R. Lüneburg 12, R. B. Stettin 24,25, B. S. Bonn 1,10, E. R. Altona 1,80.

Ueber den Empfang obiger Beträge quittirt dankend
 D. S. Hauptkassirer.
 Am 7. November wurden Bücher, Belege und Kasse revidirt und in Ordnung befunden:
 Die Revisoren: B. Behr, Wilh. Bevestorf.

Anzeigen.

Achtung! Pirna. Achtung!
 Öffentliche
 Bäckerverammlung
 im Karolabad
 am Sonntag, d. 21. November,
 Nachm. präzise 3 Uhr.
 Tagesordnung: 1. Warum organisieren wir uns? 2. Die statistischen Erhebungen im Bäckergewerbe. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 Der Einberufer.
 [M. 1,40]

Backofen-Neu- u. Umbau
 zu Holz-, Kohlen- od. Koaksheizung.
 Absatz über 5000 Stück. Permanente Ausstellung von zehn Backofen verschied. Konstruktionen. Lager von Backofenarmaturen, Chamottesteinen und Chamottplatten bester Qualität.
 Arbeiten u. Lieferungen nur unter Garantie der Güte bei billigster Preisstellung. [2,70]
 Prämiert mit Staats-, goldenen u. silbernen Medaillen.
 Max Ketterer, Leipzig-Randwitz, Heinrichstrasse 21.

Spottbillig
 ist ein neuer Backofen neuester Konstruktion zu verkaufen, da ich wegen anderweitiger Benutzung des früher zur Bäckerei eingerichteten Grundstücks denselben abbrechen lassen muß. Reflektanten wollen sich recht bald (da bis Weihnachten damit geräumt sein muß) gefl. wenden an
 [M. 2,40] F. W. Uthrich, Cöpenhain b. Röhla Nr. 37.

[M. 3] **Café „Metropole“**
 Frauenplatz 2, München, Frauenplatz 2
 Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:
 Sammelpunkt aller Bäcker Münchens.

Filzhüte.
 Mein neuer ill. Preis-Courant modernster Filzhüte
 aller Sorten wird an jeden Interessenten gratis versendet.
 Meine Hüte zeichnen sich durch vorzügliche Qualität und große Billigkeit aus. Duzendpreis bereits bei Bestellung von drei Stück.
 Kaffabrikant,
 Aug. Heine, Halberstadt.

Allen Bäckern bestens empfohlen!
Gasthaus „Grüner Hof“,
 Stuttgart, Spohrerstr. 6.
 Hauptverkehr der Bäcker Stuttgarts.
 Gute Speisen! Billige Zimmer!
 Die „Deutsche Bäckerzeitung“ liegt aus.
 Achtungsvoll Dörr.
 Fund: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Uner & Co. in Hamburg